ACSP, PT19721103-3

Zur Verfügung gestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Niederschrift

über die

Kundgebung zum Abschluß des Parteitages 1972 der Christlich-Sozialen Union in Bayern am Samstag, dem 4. November 1972, 14.30 Uhr in München, Messegelände, Bayernhalle

	Seite
Generalsekretär Gerold Tandler	1 - 2
Bundesvorsitzender der CDU, Dr. Rainer Barzel	2 - 13
Hans Katzer, Bundesminister a.D.	13 - 18
Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister a.D.	18 - 22
Landesvorsitzender der CSU, Dr.h.c. Bundesminister a.D. Franz Josef Strauß	22 - 50
Ministerpräsident Dr.h.c. Alfons Goppel	50 - 51
Generalsekretär Gerold Tandler	51 - 52

* * *

ACSP, PT19721103-3

Eröffnung: 14.52 Uhr.

Generalsekretär Gerold Tandler: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die Schlußveranstaltung des Parteitages der Christlich-Sozialen Union 1972 mit einem herzlichen Gruß an Sie alle, die Sie von weit und fern zu uns gekommen sind, um gemeinsam mit uns vor der Schlußphase dieses Wahlkampfes zu bekunden, daß die Christlich-Soziale Union in Bayern entschlossen ist, diesen Wahlkampf zu gewinnen. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beginnen die Schlußphase dieses Wahlkampfes hier von der Bayernhalle aus genauso wie 1970 und wir werden entschlossen kämpfen bis zum letzten Mitglied, um das zu wiederholen, was die CSU in Bayern 1970 erreichen konnte, nämlich 56 %.für die CSU in Bayern und damit auch für die CDU im übrigen Deutschland. (Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Christlich-Demokratischen Parteien Europas, die Vertreter des Diplomatischen und Konsularischen Korps, die Vertreter der Kirchen, die Vertreter der Gewerkschaften, die Vertreter der Arbeitgeberverbände, die Vertreter der Kammern und Handwerksverbände.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ist eine sehr große Anzahl von Glückwunschadressen zugegangen. Ich glaube, es ist auch in Ihrem Interesse, daß ich sie nicht verlese, sondern nur sage: Alle Freunde aus nah und fern, aus Deutschland und Europa haben uns die besten Grüße für diesen Parteitag und die besten Wünsche für den 19. November übermittelt.
(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geschlossenheit, Einigkeit, Zielstrebigkeit sind unsere Grundsätze in einem argumentativen Wahlkampf. CDU und CSU holzen nicht, sie haben es nicht nötig. (Beifall) CDU und CSU mobilisieren auch die Betriebe nicht, sondern ihre Anhänger, ihre Parteimitglieder

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Vervielfältigung und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP - Weitergabe nicht gestattet - Reproduktion

ACSP, PT19721103-3

und ihre Wähler. (Beifall) CDU und CSU handeln auch nicht so wie die anderen, die nur davon reden, sondern wir sind anständig und fair in diesem Wahlkampf und wir werden es auch in den letzten zwei Wochen bleiben. Wir werden uns nicht reizen lassen von dem, was andere über uns sagen. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Persönlichkeiten aus Bayern möchte ich hier herzlich begrüßen, 27 Jahre nach der Gründung der CSU in Bayern, unsere beiden Ehrenlandesvorsitzenden, Dr. Josef Müller und Dr. Hans Ehard. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben den Parteitag gestern abend eingeleitet mit einer großen Show von großen Künstlern und von großen Solisten. Heute hören und sehen Sie die Solisten von CDU und CSU. Ich begrüße Rainer Barzel, Gerhard Schröder, Hans Katzer und Franz Josef Strauß. (Lebhafter Beifall) Der Beifall kam zu schnell, schneller als ich reden konnte. Natürlich auch ein herzliches Grüß Gott Alfons Goppel und seinem bayerischen Kabinett! (Beifall)

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, spricht zu Ihnen Rainer Barzel. (Lebhafter Beifall)

Dr. Rainer Barzel, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union: Meine verehrten Gäste, liebe Freunde! Wir danken für diesen sehr freundlichen Empfang, aus dem wir Kraft und Unterstützung nehmen. Aber wir wier Mann, die wir hier mit Unterstützung unserer bayerischen Freunde heute auftreten, sind nicht Solisten, sondern wir sind der Kern eines Orchesters, meine Damen, meine Herren! (Beifall) Und das ist der Punkt, auf den wir stolz sind und was die anderen reichlich nervös macht. Denn dieser geballten Ladung haben sie nichts entgegenzusetzen, meine Freunde! (Beifall) Ich bestätige gern Herrn Tandler, daß wir nicht holzen. Wir wollen dies nicht und wir können dies nicht. Wir wünschen durch diesen Wahlkampf deutlich zu machen, daß Deutschland eine solide und faire Regierung haben kann, wenn die Mehrheit dies will, eine Regie-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

rung nicht im Interesse einer Schicht oder eines Standes, sondern in der Pflicht des ganzen Volkes. Das kann man haben, wenn man diese Union wählt, zur Erneuerung Deutschlands, meine Freunde! (Beifall) Wir mobilisieren auch keine Betriebe. Das wollen wir nicht und das können wir nicht; denn hierzulande werden nicht Betriebe an die Urne geführt. So weit ist es hier noch nicht mit Sozialismus und so weit soll es auch nicht kommen. (Lebhafter Beifall) Hier geht Mann für Mann und Frau für Frau alleine in die Stimmzelle und macht sein Kreuz dort, wo es ihm Verantwortung und Gewissen aufgeben. Deshalb mobilisieren wir nicht Betriebe. Wir mobilisieren die Herzen, die Verantwortung und die Gewissen unserer Mitbürger. Dies ist unser Wahlkampf. (Beifall) Und wenn andere versuchen, jetzt durch Angst einzuschüchtern, zu drohen, es gebe allerlei Unruhen, z. B. soziale Unruhen, für den Fall eines Wahlsiegs der Union, meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht bange machen! Die deutsche Arbeitnehmerschaft - und ich komme gerade von der Ruhr - hat nicht vergessen, daß wir in 20 Jahren von Ludwig Erhard's sozialer Marktwirtschaft an die Spitze der Welt in den Sozialleistungen und im wirtschaftlichen Erfolg gekommen sind. Die deutsche Arbeiterschaft will Partnerschaft und nicht Klassenkampf und sie steht nicht bereit als Klassenkampfarmee für gescheiterte Politiker. (Beifall)

Meine Damen, meine Herren, was über die drei Jahre der Regierung Brandt zu sagen ist, hat sich herumgesprochen. Meine Kollegen werden noch einiges dazu sagen. Ich glaube, einem Mann, der nicht imstande ist, seine Mannschaft zusammenzuhalten, fehlt einfach das Kapitänspatent. Meine Damen, meine Herren, nachdem ihm nun die Männer, die Minister, die Staatssekretäre, die Abgeordneten weggelaufen sind, nachdem ihm die Preise gefolgt sind und die Staatskasse weggelaufen ist, ist es doch nur logisch, wenn ihm jetzt halt auch die Wähler weglaufen, meine Damen und Herren, und dies muß am 19. November verdeutlicht werden.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Ich möchte aber gern an die Adresse von Unentschiedenen und vor allem an die Adresse junger Menschen zwei Fragen los werden. Und ich bitte die jungen Menschen, über deren kritisches Bewußtsein wir uns freuen, bevor sie sich einreden lassen, nun brauchte man Sozialismus, bevor sie dem folgen, gegenüber den hundert kritischen Fragen, die sie mit Recht an uns stellen, zwei kritische Fragen an die zu stellen, die versuchen, ihnen diesen Sozialismus einzureden.

Frage Nummer 1: Wo in aller Welt ist mit der Methode des Sozialismus für die breiten Massen sozial und human Vergleichbares erreicht worden wie hier in 20 Jahren von Ludwig Erhard's sozialer Marktwirtschaft? (Beifall) Stellen Sie diese Frage und gehen Sie Land für Land durch, und Sie werden feststellen, es gibt in keinem Land mit Sozialismus bessere Ergebnisse als hier. Wenn dies aber so ist, dann soll man uns verschonen mit Vorbildern à la Schweden oder à la Jugoslawien. Dann soll man uns auch verschonen mit allen möglichen Versprechungen. Diese Leute haben Deutschland nicht moderner, sozialer, gerechter gemacht, wie sie versprechen. Sie sind in den entscheidenden Fragen für den kleinen Mann, in den entscheidenden Fragen für die jungen Menschen gescheitert, in der Bildungsreform, in der Eigentumspolitik. Sie sind nicht imstande, es hier modern zu machen. Deshalb bitte ich, diese Frage an die jüngeren Menschen mit der Frage weiterführen zu dürfen, ob sie nicht, wenn sie Ludwig Erhard's Erfolge nehmen, vielleicht auch die Konsequenz von ihm hinzufügen, nämlich den schönen Satz: "An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen, nicht an ihren Sprüchen." (Beifall)

Meine Damen und Herren, was die Sprüche betrifft, nun zur Nummer 2! Das neue Versprechen heißt "Lebensqualität". Ich will es mir nicht so einfach machen, zu untersuchen, ob die Lebensqualität unserer Mitbürger in diesen drei Jahren besser geworden ist für den Sparer, für den Rentner, für den Postbenutzer, für den Mieter. Das alles ist uns bekannt. Aber ich will einmal die Versprechungen angucken, die hier gemacht

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

werden und die auch gerade in Bayern gemacht werden. Lebensqualität verbessern - wer will das nicht? Aber sagt nicht der Bundeskanzler selbst, daß er das nur kann, wenn er Jahr für Jahr einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts um 5 % hat? Sagt er das nicht selbst, meine Damen und Herren? Dann muß man doch fragen - und die jüngeren Menschen sollen für ihre Zukunft entscheiden, nicht für irgendwelche Politiker, denen sie dumpf hinterher laufen - : Wann hat Brandt diese 5 % erreicht, von denen er weiß, daß sie die Basis für den Fortschritt sind? Und die Antwort heißt: in keinem Jahr. Er übernahm die Regierung bei 8 % Zuwachs, er hat das verwirtschaftet auf 2 Punkte. In keinem Jahr hat er erreicht, was er selbst als die Basis des Fortschritts bezeichnet hat. Dies, meine Damen und Herren, sollte nachdenklich stimmen. Da wird wieder allen alles versprochen, und dabei hat er bewiesen, daß wir auf dem Weg des Sozialismus nicht weiterkommen, denn auch in Deutschland hat sich gezeigt: Wo Sozialisten regieren, kommen wir mit dem Geld nicht aus, und Sozialismus macht alle ärmer, meine Damen, meine Herren. (Beifall)

Wenn wir dann von Stabilität sprechen, wird diese Reform Nummer 1 sein müssen, und wir werden im nächsten Jahr die Inflation stoppen, wir werden sie im zweiten Jahr überwinden und wir werden im dritten Jahr Stabilität sichern, meine Freunde, meine Damen und Herren. Aber Stabilität meint nicht nur Geld und Finanzen und gesicherte Arbeitsplätze, Stabilität meint zuerst das klare Bekenntnis zu den Prinzipien, die uns so weit gebracht haben, zu den Prinzipien, die der Ordnung zugrundeliegen, die wir meinen, wenn wir sagen "soziale Marktwirtschaft". Mich stimmt es aufs höchste nachdenklich, wenn ein Unsinn - ich kann es nicht anders sagen - wie die neueste Erklärung, die 13. Entschuldigung der Regierung - ich kenne inzwischen 13 Entschuldigungen für die Inflation, ich kenne keine Handlung gegen die Inflation, meine Damen und Herren - heißt, wir hätten Inflation, weil Krieg sei in

Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Vietnam. Nun, der Krieg tobte schon, als wir bei 2 % Preissteigerung unter unserer Regierung waren. Aber was mich nachdenklich stimmt, ist nicht dieser himmelschreiende Blödsinn, sondern daß das nachgeplappert wird; denn dies kommt doch aus kommunistischer Propaganda. Dies nun zu hören aus dem Munde eines Ministers eines freien und demokratischen Landes, stimmt mich nachdanklich. Wenn ich dazu nehme, daß dieser Bundeskanzler sich hinstellt und sagt, jetzt muß ich einmal ein gutes Wort über die DDR sagen, und er dies auch tut und hinterher dann die Beleidigungen und Verleumdungen der Opposition der CDU/CSU und ihrer führenden Männer kommen, wenn ich sehe, daß man den europäischen Bundesstaat abschreibt, wenn ich sehe, daß dieser Kanzler weder die Kraft noch den Willen hat, den Klassenkämpfern in seiner Partei entgegenzutreten, dann sage ich Ihnen, das Schlimmste ist die Instabilität in den Prinzipien. Hier ist der geistige Ansatz in eine Schaukelpolitik geraten, und das ist die Gefahr. (Beifall) Wir werden deshalb darauf zu achten haben, daß nicht auf die außenpolitische Öffnung nach Osten die innenpolitische Öffnung für diesen Sozialismus folgt. Meine Damen, meine Herren, ich glaube, es ist notwendig, sich an diese Grundwerte zu erinnern.

Ich möchte gern hier in der allerletzten Phase des Wahlkampfes in München mit, ich hoffe, Ihrer Zustimmung zwei Sätze Konrad Adenauer's in Erinnerung rufen. Der eine: "Man muß sich darüber klar sein, daß der Sozialismus sich nicht nur auf eine Form der Gestaltung der Wirtschaft beschränkt; der Sozialismus führt notwendigerweise zur Unterordnung der Rechte und Würde des Einzelnen unter den Staat oder ein Kollektiv." Dies ist das eine. Und das andere: "Wer das Prinzip des Klassenkampfes vertritt, ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson. Er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor. Daß diese Entwicklung zwangsläufig ist, zeigt die Geschichte." Meine Damen und Herren, wir würden uns als Union nicht mehr zurecht auf Konrad Adenauer besinnen und auf ihn berufen, wenn wir nicht die Kraft hätten,

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

dieser Herausforderung in den Prinzipien zu widerstehen und dabei zu siegen, meine Freunde. Denn das ist der Punkt, um den es am 19. November geht: ob wir abgleiten in diesen Sozialismus (Beifall) oder ob wir Deutschland erneuern aus den Prinzipien dieser Union. Dies ist die entscheidende Frage. Und, meine Damen und Herren, ich möchte ein Wort hinzufügen - und dieses Wort muß deutlich gesagt werden, damit niemand sagen kann, er habe nicht gewußt, worum es hier geht - : Wenn in diesem Wahlkampf viel vom Frieden die Rede ist, dann freuen wir uns darüber; aber es gab Friedenspolitik vor Brandt und es wird sie nach Brandt geben, und zwar weil dieses Volk nichts anderes will und nichts anderes zuläßt. Wer etwas anderes sagt, beleidigt dieses Volk. Das muß hier gesagt werden.

(Beifall)

Aber Frieden, was ist das? Dies ist doch nicht nur militärische Vorkehr zur Abwendung von Krieg. Nein, meine Freunde! Ich glaube, ein Mann der Kriegsgeneration darf wohl daran erinnern, daß Krieg nur möglich wurde, weil Volksverhetzung möglich wurde. Wir durften nicht reisen und wir konnten keine Rundfunksendung und keine Zeitung, keinen Besuch von draußen entgegennehmen. Als wir so eingesperrt waren, war Volksverhetzung möglich, mit all den Folgen, die wir kennen. Deshalb sage ich - und ich hoffe, dies gilt weit über die Union hinaus - : Wer den Frieden sichern will, der, meine Freunde, muß Volksverhetzung unmöglich machen. Und Volksverhetzung ist dort unmöglich, wo man Grenzen nicht zementiert, gar noch mit verniedlichten Tötungsanlagen, sondern wo man sie aufmacht für Menschen, für Informationen und für Meinungen. (Beifall) Meine Damen und Herren, mit diesem Maßstab werden wir alles das messen, was an Entspannung zwischen Ost und West, sei es in Verträgen, sei es in internationalen Vorhaben, möglich ist.

Ich möchte hier an dieser Stelle, in dieser machtvollen Kundgebung ein deutliches und, wie ich hoffe, unüberhörbares Wort zur aktuellen Entwicklung in Bonn und in Ostberlin sagen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nur gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Es sieht so aus, als würde sich diese geschäftsführende Regierung unglaublicherweise das Recht herausnehmen, 10 Tage vor einer Wahl weitgehende Entscheidungen für die Zukunft Deutschlands vorwegzunehmen zu versuchen, dies ohne Parlament und dies ohne Mehrheit. Ich erkläre hier - und dies soll jedermann hören - : Während die Regierung mitteilt, sie würde am Dienstag entscheiden, kennt der Führer der Opposition keinerlei Text, er hat keinerlei Unterlagen, er hat nichts lesen können. Es soll niemand von uns erwarten, daß wir dann unverantwortlich in ein paar Stunden ohne Gremien vielleicht Stellung nehmen zu schwerwiegenden Dingen. Ich stelle deshalb von hier aus heute zu diesen aktuellen Dingen folgendes fest:

Wir haben gesagt, daß ein solcher Vertrag das Leben im geteilten Deutschland erleichtern, die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen muß, wenn wir ihn bejahen sollen. Wir fragen also: Enthält der Vertrag als Grundprinzipien die Einheit der Nation und die Verbesserung der Verbindungen zwischen den Menschen? Bringen beide Seiten zum Ausdruck, daß Deutschland Deutschland ist und die beiden Staaten als Deutschland füreinander ~~und~~ nicht Ausland sein können? Wird das im Vertrag eben so ausdrücklich festgelegt sein wie die in dem Kasseler Punkt 3 angekündigte Festlegung, die Festlegung, daß die beiderseitigen Beziehungen ausdrücklich auf der Grundlage der Menschenrechte beruhen? Ist im Vertrag sichergestellt, daß die DDR das Viermächteabkommen über Berlin im vollen Umfang respektieren wird, oder gibt man der östlichen Auffassung Raum, daß die Viermächtebeschlüsse sich nur auf die Bundesrepublik Deutschland beziehen können und für die DDR keine Gültigkeit haben? Gestern noch hat Präsident Nixon im Zusammenhang mit den Vietnam-Verhandlungen erklärt, wichtige Punkte müßten eindeutig geklärt werden, damit es nicht künftig zu neuen Mißverständnissen komme. Dieses Prinzip gilt auch für diesen Vertrag. Lieber gründlich und etwas später als voreilig und

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

mit Fußangeln, den Ursachen künftigen Streits! Wir fragen also: Ist der Anspruch des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag - von dem wir neuerdings aus chinesischem Mund hören - nun im Vertrag gefestigt? Ist dort auch vom Selbstbestimmungsrecht in eindeutiger Weise die Rede? Wir behalten uns vor, das Ergebnis dieser Verhandlungen sorgfältig Punkt um Punkt zu prüfen und die Thematik gegebenenfalls neu zu verhandeln. Dies muß gesagt sein, bevor hier Präjudizien erfolgen. (Beifall)

Meine Freunde, ich muß ein anderes hinzufügen. Von Frieden draußen kann eigentlich nur sprechen, wer den Frieden drinnen sichert. Dies ist eine Erfahrung auch meiner Generation. Dies fiel doch alles nicht vom Himmel mit der Volksverhetzung, von der ich sprach, und mit der Diktatur. Da fing es doch damit an, daß man aus politischen Gegnern Feinde machte, daß man einander nicht mehr anhörte, daß man versuchte, den anderen am Reden zu hindern, und die, die zuhören wollten, am Zuhören zu hindern, durch Sprechchöre, wie sie jetzt vor allem Franz Josef Strauß und ich doch wieder Tag für Tag hören. Und dann, als das nicht genügte, griff man zum Stuhlbein. Es kam zur Saalschlacht, dann zur Straßenschlacht. Meine Freunde, wir haben es unter der Haut: Mit Intoleranz und Gewalt im Inneren fängt das Unheil an. Dies darf nie wieder sein. (Beifall)

Und ein Bundeskanzler hierzulande, meine Freunde, hat doch nicht die Aufgabe, Neid und Haß und Verleumdung und Mißgunst und Klassenkampfdenken als Gift ins Volk zu pumpen.
Ein Kanzler hierzulande hat doch die Aufgabe, dieses Volk zusammenzuhalten, sich nicht zu empfinden im Dienst einer Schicht. (Beifall) Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine Regierung, die sich empfindet als in der Pflicht aller Deutschen, und so brauchen wir auch einen Kanzler, der sich empfindet als der Kanzler aller Deutschen, derer, die ihn gewählt haben, derer, die ihn nicht gewählt haben, und derer, die ihn nicht wählen durften, weil sie in Unfreiheit leben müssen. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Meine Freunde, ich füge noch eins hinzu; denn auch nur dann dürfen wir uns auf Erhard und auf Adenauer berufen, wenn auch dies stimmt. Wir haben die Weisheit und die Weitsicht Adenauers nicht vergessen. Er wußte, daß die Strategie des Friedens für Deutschland beginnt bei Deutschland-Frankreich, dann die europäische Gemeinschaft, atlantisches Bündnis! Und als dies geschaffen war und er souverän war, fuhr er nach Moskau. Und hier wollen wir uns von dieser Reihenfolge nicht abbringen lassen. Die Leute, die den europäischen Bundesstaat in Frage stellen, sagen, die politische Vereinigung des freien Europa sei Sache der nächsten Generationen - so Brandt - , aber die europäische Sicherheitskonferenz à la Moskau sei vordringlich - so Brandt! Diese Leute verändern die Schwergewichte. Auch hier gilt: Fortschritt kann man nur auf Stabilität bauen, also auf dieser Rangfolge im Westen und dann, meine Freunde, auf Geduld und auf Festigkeit. Deshalb erinnere ich daran - und ich spreche von diesen drei Punkten, um mich hier bei Ihnen festzulegen, meine Damen und Herren! - : Als Adenauer in Moskau ankam, sagte er den kommunistischen Führern, er wolle die Kriegsgefangenen mitbringen. Die kommunistischen Führer sagten: Es tut uns leid, Herr Bundeskanzler, Sie reden von Leuten, die gibt es gar nicht. Dann sagte ~~Dr.~~ Adenauer: Dann reise ich wieder ab. Da bat man ihn, zum Abend zu bleiben, und sagte ihm nachts, man habe alte Akten gefunden, und die Kriegsgefangenen kamen. (Beifall) Meine Damen und Herren, wer in der Deutschlandpolitik nicht den Mut hat, Zeit zu haben, wer sich ~~nicht~~ drängen läßt von einer Schlagzeile morgen, von einer Landtagswahl übermorgen, von einer Kommunalwahl überübermorgen, wer hier nicht die Festigkeit und die Geduld hat, um etwas zu erreichen, der wird hier keinen Schritt weiterkommen. Und wir wären weitergekommen, wenn nicht der Bundeskanzler Brandt die Gemeinsamkeit in der Deutschlandfrage mutwillig zerbrochen hätte. Er muß sich den Vorwurf gefallen lassen: Das Gift in diesem zu Ende gegangenen 6. Bundestag kommt daher, daß er das Wort, das er den Wählern gab, nicht gehalten hat. Er gab das Wort: Die Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

kommt nicht in Frage. Dieses Wort hat er nicht gehalten. Von daher kommt das Gift und da liegt der Grund seines Scheiterns und da liegt der Grund dafür, daß er die Mehrheit verlor. Meine Damen und Herren, dies muß gesagt sein, damit hier nicht falsche Gründe und falsche Entschuldigungen Platz greifen.

Ich komme darauf zurück, daß man versucht, uns überall damit bange zu machen und einzuschüchtern, was alles ein Sieg der Union bedeuten würde. Meine Freunde, ich spreche vom Sieg der Union, weil ich glaube, daß er zum Greifen nahe ist, wenn wir alle zugreifen, jeder von Ihnen, Frau für Frau und Mann für Mann. Und eine Mehrheit im Bundestag gibt es nur, wenn Sie in Bayern ein bißchen mehr als eine Mehrheit bringen, meine Freunde. (Beifall) Und ich denke, dies werden Sie tun. So ist meine Erfahrung vom bisherigen Wahlkampf bei Ihnen in Bayern. Sagen wir es allen Mitbürgern: Ihr könnt noch durch den Stimmzettel frei von Furcht selbst eure Zukunft gestalten. Wir arbeiten und wir haben unser Regierungsprogramm. Ich glaube, wir dürfen einmal sagen, daß wir auch stolz darauf sind, daß es uns zum ersten Mal in unserer Geschichte gelang, ein gemeinsames Regierungsprogramm vorzulegen, ein gemeinsames Regierungsprogramm, das jeder nachlesen kann, das vor den Wahlen vorliegt. Und das nach den Wahlen gilt. Die beiden anderen haben kein Regierungsprogramm. Sie haben den Willen zur Macht und den Willen, uns zu verdrängen. Aber wenn Sie sich die Programme der beiden anderen ansehen: Da will der eine die Steuern erhöhen, der andere sie festhalten; da will der eine die paritätische Mitbestimmung, der andere sagt: Nichts da! Und da will der eine den Sozialismus und der andere will bremsen. Übrigens, bremsen heißt nicht die Richtung ändern, sondern nur das Tempo, meine Freunde. (Beifall)
Es gibt eben zu unserem Programm keine Alternative. Wer die anderen wählt, wählt das Durcheinander, der wählt die Verlängerung von Ansteigen des politischen Radikalismus und anderen Dingen mehr.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weiterhin nicht gestattet Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Nein, meine Freunde, wir müssen zurückkehren zur Freiheit von Furcht. Jeder von uns muß sich bekennen, in der Straßenbahn, im Betrieb, wo immer er steht. Bekenner sind gefordert, Bekenner, meine Freunde! (Beifall) Und Kämpfer sind gefordert. Denn wir wollen leben frei von Furcht, frei von Furcht um den Arbeitsplatz, von Furcht um den Geldwert und das Sparbuch, von Furcht vor Krankheit und Alter, von Furcht vor politischem Terrorismus und krimineller Gewalt. Wir müssen die Fenster und die Türen öffnen. Die giftige Luft des Klassenkampfes darf sich gar nicht erst festsetzen, meine Damen und meine Herren, (Beifall) denn Klassenkampf ist Diktatur, (Beifall) und die wollen wir nie wieder. Meine Damen und Herren, wir dürfen uns in einem gespaltenen Land doch nicht gegenseitig etwa noch durch Haß ersticken. Wir verteidigen die soziale Gerechtigkeit und niemand übertrifft uns in diesen 20 Jahren in der Leistung auf diesem Gebiet. Meine Freunde, wir verteidigen die soziale Gerechtigkeit gegen sozialistische Utopien und gegen die revolutionäre Maßlosigkeit. Wir wollen dieses gefährliche Experiment stoppen, bevor es zum Abenteuer wird. Wir wollen keine andere Republik, wir nicht. Wir wollen diese gefährdete Republik wieder sicherer machen. Und dies werden wir schaffen, meine Freunde. Wir bringen das wieder in Ordnung hier. (Beifall) Unser Leben muß nach unserem Bild der humanen Leistungsgesellschaft gestaltet werden, also durch Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit, durch unsere Politik: Aufstieg durch Bildung, Eigentum für jeden, durch die sozialen Dienste und durch humanen Fortschritt. Unser Leben muß auf diese Weise erleichtert und lebenswert gemacht werden, nicht aber durch revolutionäre Veränderung, meine Freunde. Es läßt sich gut leben überall in Deutschland. Es muß sich wieder gut, frei und sicher leben lassen in Deutschland. Das ist Lebensqualität, die wir meinen: Leben ohne Bevormundung, ohne Ausbeutung und ohne Furcht. Also ja zur humanen Leistungsgesellschaft und nein zur Vergesellschaftung des Menschen. Wir lassen uns von keinem provozieren. Wir lassen uns von niemandem einschüchtern,

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

wir Vier schon gar nicht. (Beifall) Und wenn die anderen "fertig machen!" rufen in den Versammlungen draußen und auf die gemeinste Weise versuchen, uns einzuschüchtern, uns Vier, sie werden dies nicht schaffen. Und wenn sie es doch schaffen: Es geht doch nicht um einen von uns; dann steht eben einánderer dafür da. Dann es geht doch um die Sache, für die wir kämpfen, um dieses Deutschland, das nicht in den Sog des Sozialismus geraten darf. Dafür kämpfen wir doch, meine Freunde! (Beifall)

Meine Freunde, ich habe das Gefühl, wir setzen uns durch. Wir wählen frei von Furcht die Zukunft ohne Furcht. Dann gehen wir an die Arbeit, und was dann zu tun sein wird, wird noch weniger ein Spaziergang sein als dieser Wahlkampf. Aber wir haben schon einmal die Sachen wieder in Ordnung gebracht. Wir haben uns in der Opposition erneuert. Diese erneuerte Union traut sich zu, zu schaffen, was Deutschland braucht: die Erneuerung Deutschlands. (Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Hans Katzer, Bundesminister a.D., Sozialexperte der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! 1969 hat der eine oder andere Wähler in unserem Land gemeint, 20 Jahre Verantwortung der Union wären genug. Nun, meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck nach den letzten Wochen, Abend für Abend in den Versammlungen: Die Zahl der Bürger in unserem Land, die der Meinung sind, 3 Jahre SPD/FDP-Regierung ist mehr als genug, ist ständig im Wachsen begriffen, meine Freunde. (Lebhafter Beifall) Lassen Sie mich zwei Wochen vor dem entscheidenden Wahltermin drei Bemerkungen machen!

Erstens: Diese Regierung versucht so zu tun, als handle es sich bei diesem Wahltermin am 19.Novembe r dieses Jahres um einen ganz normalen Vorgang. Nun, meine Damen und Herren, dies ist keineswegs ein normaler Vorgang. Es ist das erste Mal seit dem Jahr 1949, daß eine Regierung, die vier Jahre, die Legislaturperiode nicht durchhält und vorzeitig abtreten muß. Diese Regierung ist gescheitert. (Beifall) Sie ist gescheitert

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

nicht, wie sie uns weismachen will, an diesem oder jenem, den sie heute Überläufer nennt und der in Wahrheit 40 Jahre SPD-Mitglied war und dieser Partei gedient hat und dann zu uns kam und sagte: Wir wollen keinen Sozialismus, wir sind soziale Demokraten, und deshalb nehmt uns in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion! (Beifall) Das sind die Leute, die zu uns gekommen sind. In Wahrheit, meine Damen und Herren, ist diese Regierung gescheitert, weil sie reformunfähig war. Diese Regierung, die sich selbst bei ihrem Amtsantritt vor drei Jahren mit dem sehr stolzen Etikett "Regierung der inneren Reformen" schmückte, dokumentierte sich doch in Wahrheit in personeller Auszehrung. Dem seit Monaten überfälligen Rücktritt dieses Kabinetts ging doch voraus ein Rücktritt in Raten, und jeder Rücktritt eines Ministers oder Staatssekretärs markiert ein Stück gescheiterte Reformen. Der Rücktritt von Alex Möller signalisierte das Ende des Versuches einer halbwegs soliden Finanzpolitik und den Abgesang auf die große Steuerreform. Nach dem zweiten Finanzminister haben wir jetzt den dritten, und es wird Zeit, daß wir eine neue Regierung bekommen mit einem neuen Finanzminister, der nicht kneift und zurücktritt, sondern die Reformen in unserem Land verwirklicht, die wir brauchen, um zur Solidität zurückzukehren. (Beifall)

Ich habe den Eindruck, Sie haben es gemerkt, von wem ich spreche. Es ist in der Tat Franz Josef Strauß, den ich soeben angesprochen habe. (Beifall) Der Rücktritt des Parlamentarischen Staatssekretärs Arndt bewies die Zerrissenheit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Der Rücktritt des Parlamentarischen Staatssekretärs Rosenthal zeigt das endgültige Scheitern der Vermögensbildungspolitik dieser Regierung an und der Rücktritt von Herrn Leussink offenbarte das Desaster der Bildungsreform, die nach den Worten der Regierungserklärung des Kanzlers im Mittelpunkt der Reformen hätte stehen sollen. Der Rücktritt von Karl Schiller war dann das letzte Glied einer langen Kette von Versäumnissen und Fehler eines Kanzlers, der nicht in der Lage ist, dem Vormarsch der Gegner der sozialen

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Marktwirtschaft Einhalt zu gebieten. Schiller mußte nur 13 Monate nach Alex Möller seinen einsamen Kampf um die Rückkehr zu mehr Stabilität und gesunden Finanzen aufgeben, und Karl Schiller hat in seinem eindrucksvollen Rücktrittsschreiben - und das sollte man zur Pflichtlektüre aller Abgeordneten und Kandidaten machen - im Kern gesagt, worum es ihm geht - das scheint mir der zweite Punkt zu sein, den ich klarstellen möchte -: daß es bei dieser Wahlauseinandersetzung noch um mehr geht als um das Scheitern dieser oder jener Reform. Das ist schlimm genug, aber in Wahrheit beinhalten die Worte von Herrn Schiller, wenn man sie zusammenfaßt, doch, daß er sich gegen die Inflationsmentalität in diesem Land wendet, die dieser Bundeskanzler leider mehr und mehr geschürt hat mit seiner Bemerkung, daß unter dem Strich ja mehr für alle herauskomme. Nein, meine Damen und Herren, unter dem Strich kommt eben nicht mehr heraus. Unter dem Strich wären, wenn die Opposition nicht zwei Jahre lang eine beharrliche Politik in der Rentenversicherung getrieben hätte, die Rentner die Leidtragenden dieser Politik einer Regierung, die sich sozialliberal nennt, meine Damen und Herren. (Beifall) Und wenn dann am 13. November, in diesem Monat, mehr als 9 Millionen Rentner 57 % ihrer Dezemberrente zusätzlich ausgezahlt bekommen, dann verdanken sie das nicht der SPD/FDP-Regierung, denn sie hat dreimal die Vorschläge der Opposition abgelehnt, sondern sie verdanken es der Beharrlichkeit von Rainer Barzel, Franz Josef Strauß, Gerhard Schröder und mir, die gemeinsam dies in der Fraktion durchgesetzt haben. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Schiller hat in seinem Rücktrittsbrief die Regierung gewarnt, sie dürfe nicht nur bis an den Kellerrand des Wahltages denken, und er hat gewarnt, daß die Kräfte, die die soziale Marktwirtschaft im Grunde überwinden und zerstören wollen, im Wachsen sind. In den letzten Diskussionen im Ruhrgebiet wurde mir dann immer die Frage gestellt, ob das denn nicht vielleicht übertrieben wäre, daß die Kräfte in der SPD, die die soziale Marktwirtschaft ab-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

lehnen, so im Vormarsch wären. Meine Damen und Herren, dann kann ich eigentlich nur antworten mit einem Mann, der es eigentlich wissen muß, nämlich mit dem Wirtschaftsminister meines Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Riemer, seines Zeichens FDP-Mitglied, der in Freiburg auf dem Parteitag der FDP die Sorge geäußert hat, man käme mit dieser Regierung von der Marktwirtschaft in die Marxwirtschaft und in die Murxwirtschaft hinein. (Beifall) Meine Damen und Herren, das sagte einer, der es wissen muß. Dem ist nichts hinzuzufügen, es sei denn, daß die Bemerkung gestattet ist: Wenn dann die FDP glaubt, sich als Bremser betätigen zu können bei dieser Abfahrt in die Murxwirtschaft, genügt kein Bremsen. Da muß man halten und in den Zug umsteigen, der die richtige Marschrichtung hält, in den Zug der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

Darum, meine Damen und Herren, geht, glaube ich, die Entscheidung bei diesen Wahlen am 19. November. Ich kann nur bedauern, daß große gesellschaftliche Gruppen in unserem Land in dieser Auseinandersetzung, insbesondere auch im Punkte Preisstabilität mit unterschiedlichen Maßstäben reagieren. Wenn ich mir den Deutschen Gewerkschaftsbund ansehe in seiner Reaktion auf 3,5 % Preissteigerungen im Jahr 1966 und wenn ich das vergleiche mit der Reaktion auf Preissteigerungen von 6,4 % im Jahr 1972, dann kann ich nur wiederholen, was ich oft festgestellt habe: Hier bahnt sich etwas an, was ich für verhängnisvoll halte, nämlich daß sich aus einer Einheitsgewerkschaft - die ich bejahe - eine sozialdemokratische Einheitsgewerkschaft entwickelt, die ich ablehnen muß mit aller Schärfe und Entschiedenheit. (Beifall) Um dies ganz klar vor, während und nach den Wahlen zu haben: Ich bin Gewerkschafter aus Überzeugung. Ich bin Gewerkschafter, weil die Gewerkschaft die Aufgabe hat, meine sozialen und wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Ich bin aber nicht Gewerkschafter geworden, um über diesen Weg den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen. Dazu bin ich Mitglied der CDU und dazu werde ich am 19. November Rainzer Barzel und nicht den Herrn Brandt wählen. (Lebhafter Beifall)

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Meine Damen und Herren! Wir haben ein Regierungsprogramm erarbeitet, das jedermann vorliegt, wo jedermann wägen kann. Jedermann in unserem Land weiß, wenn er CDU/CSU wählt und wir die Verantwortung am 19.November übernehmen: Wie sieht unser Programm aus? Das erste ist die Rückkehr zur Stabilität. Wenn es uns nicht gelingt, wieder ein Höchstmaß an Preisstabilität zu erringen, bauen wir auf Sand, wie die letzten drei Jahre bewiesen haben. Aber, meine Damen und Herren, mit dem gleichen Freimut sage ich, Stabilität ist nicht alles, aber ohne Stabilität ist alles nichts. Wir wollen die Stabilität nutzen, um solide, vernünftige Reformen zu bauen. Reformen auf dem Gebiet der Eigentumspolitik! Wir haben das Beteiligungslohn-Gesetz vorgelegt. Wir sind die einzige Fraktion des Deutschen Bundestags, die einen praktikablen Entwurf hat, Es geht, glaube ich, nicht, meine Damen und Herren, wie die Sozialdemokraten es machen: draußen im Land lauthals zu die Einseitigkeit der Verteilung des Produktivvermögens zu beklagen, aber selbst nicht das geringste zu tun, um einen eigenen Entwurf vorzulegen und sogar noch unseren eigenen Entwurf in den Schubladen liegen zu lassen. Dies ist unglaubwürdig. Dies wird der Punkt sein, den wir auf die Tagesordnung setzen. Wir werden dem weiteren Ausbau der sozialen Sicherung, wir werden die Bildungspolitik - Rainer Barzel sprach vorhin davon - eine Priorität einräumen. Aber lassen Sie mich das auch hier deutlich sagen: Wir bedauern etwas die Schlagseite, die die bildungspolitische Diskussion in unserem Land hat. Wenn wir die Bildungspolitik ansprechen, gehören dazu sicherlich unsere Studierenden an den Hochschulen und Technischen Hochschulen. Aber, meine Damen und Herren, dazu gehören nicht nur die 300 000 Studenten, sondern genau so gut 1,3 Millionen Lehrlinge, die das gleiche Recht haben auf Hilfe und Unterstützung für ihre Arbeit. (Beifall) Wir werden unseren Krankenhausplan vorlegen. Wir werden erneut vorlegen einen Plan für die europäische Sozialpolitik; denn wir wollen dieses Europa werden lassen zu einer politischen Gemeinschaft, zu einer politischen Gemeinschaft,

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

in der sich die Bürger Europas als Europäer fühlen können.

Der letzte Satz, meine Damen und Herren! Vor drei Jahren klebten überall große Plakate der SPD. "Wir schaffen das moderne Deutschland. - Wir haben die besseren Männer." Nun, mit Marlene Dietrich möchte man singen: Wo sind sie geblieben, die besseren Männer von damals? (Heiterkeit und Beifall) Nach nur drei Jahren Regierungszeit von SPD und FDP, in denen aus den Reformen der Union Ruinen geworden sind, macht man dennoch sehr munter neue Plakate, und was steht darauf? Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land. Nun, meine Damen und Herren, wir waren stolz auf unser Land nicht erst seit 1972, sondern seit 1945 und 1949, als es darum ging, aus den Trümmern unserer Landschaft ein blühendes Sozial- und Gemeinwesen aufzubauen. (Lebhafter Beifall)
Wir sind nicht vermessen genug, zu meinen, dies hätten wir, die Christlichen Demokraten, allein geschaffen. Mitnichten. Das war der Fleiß, die Energie, die Arbeitskraft unseres Volkes, meine Damen und Herren, nicht zu leugnen. Es war nicht zuletzt aber auch die von den Sozialdemokraten lebhaft bekämpfte Einführung der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard, mit der wir uns an die Spitze gestellt haben. Wir wollen auf diesem Fundament solide weiterbauen, wir wollen aber nicht das kaputt machen lassen, was wir uns in mühsamer Arbeit aufgebaut haben. (Lebhafter Beifall)

Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Schröder, außenpolitischer Experte der CDU: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Diese großartige Kundgebung in München ist ein Signal. Sie soll dem Land unser aller gemeinsamen Willen signalisieren: Wir zusammen bringen die Regierung Brandt ihrem wohlverdienten Ende näher und näher. (Beifall) Meine Freunde, drei Jahre hat diese Regierung ihre faire Chance gehabt. Sie hat ihre Chance vertan. Sie hat abgewirtschaftet. Sie hat Konkursantrag gestellt. Die Eröffnungsbilanz ist negativ. An erster Stelle steht der Verfall der Führungsspitze. Darüber ist schon ausführlich gesprochen worden. Wir haben in den ganzen Jahren

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

gehört ein entsetzliches Geschwätz und wiederum Geschwätz von Reformen. In Wahrheit ist kein Fortschritt zu erblicken; denn die Wirklichkeit ist gekennzeichnet durch Preissteigerungen und Inflation. Stabilität und Solidität sind dahingegangen. Wir alle wissen, hier ist die Wende am notwendigsten.

Die Liste der Versäumnisse ist aber ein großes Stück länger. Der Staatsbürger ist besorgter denn je wegen der inneren Sicherheit. Die Verbrechensquote ist gewachsen. Die Zahl der Gewaltverbrechen ist gestiegen. Wir alle haben es erlebt und wir erleben es in diesen Tagen: Es wird Terror in vielfältiger Form geübt, und das kennzeichnet die Lage.

Werfen wir einen Blick auf die auswärtige Politik! Brandt ist wieder und wieder den leichteren Weg gegangen. Entspannung wird nicht gesucht durch Beseitigung der Ursachen der Spannung, sondern durch einseitiges Anerkennen, Aufgeben und Weggeben. (Beifall) Meine Damen und Herren, vor ein paar Tagen hat eine große deutsche Zeitung einen Bericht aus britischer Feder veröffentlicht, von einem Mann, der Brandt lange kennt und der ihn nun auch im Wahlkampf begleitet hat. Dieser Mann hat einen Aufsatz geschrieben, und darin stehen ein paar erschütternde Sätze. Er sagt: "Brandt scheint nicht zu ahnen, daß der weltweite Wunsch auf Entspannung auf Kosten Deutschlands und der Deutschen geht." und er schließt seinen Aufsatz: "Brandt ist eine schicksalhafte Figur. Er könnte zu einer tragischen Figur werden." (Beifall) Meine Damen und Herren, wir sollten mit aller Klarheit dafür demonstrieren, daß wir unter gar keinen Umständen bereit sind, uns in die Brandt'sche Tragik hineinziehen zu lassen. (Beifall)

So sieht sich, meine Freunde, die sowjetische Politik dicht vor ihrem westlichen Traumziel. Sie ist wieder und wieder hartnäckig. Sie wiederholte und wiederholt pausenlos ihre Thesen und Forderungen und gleichzeitig steigert sie ihren Rüstungsaufwand gewaltig. So will die Sowjetunion zur bestimmenden

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Hegemonialmacht in Europa werden. Wenn wir auf Deutschland als Ganzes sehen, so müssen wir leider sagen, daß die Preise für die minimalen menschlichen Erleichterungen, die an die orthodoxe kommunistische Regierung im anderen Teil Deutschlands gezahlt werden, zu hoch sind. Es gibt keine Garantie für die Gegenleistung. Diese ist nicht erzwingbar, sie ist jederzeit widerruflich. Wir, meine Damen und Herren, sind in dieser Frage besonders besorgt, weil dies das Kapitel ist, an dem alle Deutschen innerlich besonders beteiligt sind. Wir fürchten jedoch, daß die sozialdemokratischen Illusionen der kommunistischen Härte wie so oft auch hier wieder nicht gewachsen sind. (Beifall) Wir sagen das, meine Freunde, mit großer Trauer und schwerem Herzen. Aber wir sind überzeugt, daß der heutige Weg nicht das bringen wird, was wir wollen und gemeinsam wollen müssen, das freie Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. (Beifall)

Und, meine Damen und Herren, es hat bei uns kein vermehrtes Miteinander der sozialen Gruppen gegeben, sondern wir müssen vielfach ein zerstörendes, reaktionäres Klassenkampfdenken feststellen. Dies alles ist das Ergebnis von drei Jahren sozialdemokratischer Regierung.

Wir brauchen den baldigen Beginn der Stabilisierung. Ich bin überzeugt, daß, wenn eine Regierung den Anfang damit macht - den sichtbaren Anfang damit macht! - , dann Millionen Deutsche im Land ihr zu Hilfe kommen und ihr ihre Unterstützung geben werden. (Beifall) Das wird, meine Damen und Herren, uns als dem größeren, freien Teil des geteilten Deutschland auch wiedergeben die magnetische Anziehungskraft auf die DDR. Dieser Kurs, den wir durch Jahre hindurch erfolgreich gesteuert haben, muß zurückgewonnen werden. (Beifall) Ich sage, das ist möglich, das wird möglich, wenn wir alle dafür zusammenwirken.

Und nun ein paar Worte zu auswärtigen Fragen! Frieden, Sicherheit und Freiheit gehören für uns untrennbar zusammen. Und wenn wir hier heute, heute in dieser Veranstaltung, heute im

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

ganzen Land Frieden, Sicherheit und Freiheit haben, so ist das das Ergebnis der konsequenten Politik der CDU/CSU-Regierungen in den vergangenen 20 Jahren. (Beifall)
Meine Damen und Herren, es ist diesen Regierungen zu danken, nicht etwa dem mehr oder weniger guten Willen der Sowjetunion.

Und nun eine Erinnerung! Als wir uns das große Instrument unserer Sicherheitspolitik geschaffen haben, unseren Beitritt zur Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft und unseren eigenen Beitrag dazu, haben wir das damals getan, während sich die Sozialdemokraten dagegen mit Händen und Füßen gewehrt haben. Das haben sie heute vergessen. (Beifall)
Meine Damen und Herren, sicher, ich weiß, bessere Einsicht ist immer hoch willkommen, aber entscheidender und wichtiger als späte bessere Einsicht ist die richtige Voraussicht, und die richtige Voraussicht haben wir gehabt. (Beifall)
Das gilt, meine Freunde, auch für Europa. Wir hoffen, daß die wachsende Europäische Gemeinschaft viel leisten wird zur Kräftigung Europas für die Zusammenarbeit zwischen diesem Teil Europas und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion. Dies würden beiderseits nützliche Friedenswerke sein. Wir werden alle darin mit großer Kraft und Intensität zusammenarbeiten.

Und nun erlauben Sie mir ein abschließendes Wort zur Volksrepublik China! Wir mußten heraus aus der Verengung des weltpolitischen Blickfeldes, in das die gegenwärtige Regierung viele zu führen versucht hat. Darum, meine Damen und Herren, bin ich im Juli inChina gewesen. Der derzeitige Außenminister hat im Oktober dort normale diplomatische Beziehungen unterzeichnet. Das war ein richtiger Schritt, ein nützlicher Schritt, ein Schritt mit voller Zustimmung der Opposition. Aber ich kann in diesem Zusammenhang doch ein Dichterwort nicht unterdrücken, diesmal nicht von Karl Schiller, sondern von Friedrich von Schiller: Spät kommt ihr, doch ihr kommt, der weite Weg, Graf Isolahn, entschuldigt euer Säumen." (Beifall)
Nur, meine Damen und Herren, wir alle hier wissen: Wäre ich nicht im Juli nach China gefahren, wäre Scheel im Oktober be-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

stimmt nicht dort gewesen. (Beifall) Ich glaube, wir haben gezeigt - Katzer hat das vorhin von der Rentenreform beschrieben - , daß wir auch in der Opposition für die Interessen unseres Landes gekämpft hnd Nützliches geleistet haben.

Und lassen Sie mich abschließend sagen: Was wir brauchen, ist die Einstellung eines neuen richtigen Kurses. Was wir brauchen, ist eine neue Führungsmannschaft. Und das möchte ich Ihnen sagen: Die neue Führungsmannschaft wird besser zusammenhalten als die abtretende Regierung. (Beifall) Meine Damen und Herren, um zu demonstrieren, daß wir besser zusammenhalten werden, sind wir heute nachmittag hier mit Ihnen gemeinsam. Ich sage Ihnen, ich bin der Überzeugung, daß selbst dann, wenn wir nur eine knappe Mehrheit haben würden, wir besser zusammenhalten als die derzeitige Regierung es getan hat. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Der Wähler am 19. November hat eine sehr, sehr große Verantwortung. Er hat aber auch eine Chance wie nie zuvor. Deswegen möchte ich Ihnen sagen: Arbeiten wir alle zusammen daran, daß Deutschland am 19. November wieder das bekommt, was es verdient und was es braucht, nämlich eine bessere Regierung. Ich danke Ihnen. (Lebhafter Beifall)

Landesvorsitzender Bundesminister a.D. Dr.h.c. Franz Josef Strauß: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Zunächst darf ich auch als in dieser Runde Vierter im Bunde meinen Vorrednern, dem Parteivorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union, dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden und gemeinsamen Kanzlerkandidaten der CDU, Dr. Rainer Barzel, ebenso wie Herrn Hans Katzer und Herrn Gerhard Schröder ein herzliches Wort des Dankes in meiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern sagen. (Beifall) Wir sind in dieser Form, wenn auch in anderer Reihenfolge der Redner, aber als Vierermannschaft aufgetreten demonstrativ und symbolisch zum ersten Mal in einem Land-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

ich sage bewußt, in einem Bundesland - , wo nicht gewählt werden darf, nämlich in Berlin. Wir sind aufgetreten gemeinsam in Velbort bei Düsseldorf. Wir sind gemeinsam aufgetreten in Dortmund bei der großen Wahlkampferöffnung der Christlich-Demokratischen Union in der Westfalenhalle vor über 14000 Zuhörern und wir werden noch gemeinsam auftreten in Paderborn und in Köln. Wir wollen mit diesem gemeinsamen Auftreten zum Ausdruck bringen, daß wir eine echte politische, gesinnungsmäßige Gemeinschaft bilden, eine Gemeinschaft, der es darum geht, daß die Bundesrepublik Deutschland - wenn ich so sagen darf - nicht nur eine bessere Regierung, sondern eine echte Regierung wieder erhält. (Beifall) Ich weiß, daß ein durch eine Reihe von merkwürdigen Ereignissen besonders bekannt gewordener Minister der heutigen Bundesregierung bei der Bildung derselben gesagt hat: "Junge, Junge, eine Regierung bekommt dieses Volk, die hat es gar nicht verdient! " (Heiterkeit) Es war, wie Sie wissen, Horst Ehmke. Während man den anderen Bundesministern der SPD nachsagt, daß sie zu nichts oder zu wenig fähig sind, kann man bei ihm ruhig sagen, daß er so gut wie zu allem fähig ist. (Beifall) Und am 19. November, meine Damen und Herren, bekommt nach drei Jahren präsozialistischer Schulung das deutsche Volk nunmehr wirklich die Regierung, die es verdient; denn drei Jahre Anschauungsunterricht reichen aus, um entscheiden zu können, was man will. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich auch hier eingangs meiner Ausführungen auch ein besonderes Wort des Dankes gleich sagen an die zahlreichen, besser hätte ich gesagt unzähligen Mitarbeiter, Helfer, Freunde und Bekenner in diesem Land, in diesem großen und schönen Bundesland Bayern, die mit uns zusammen diesen Wahlkampf führen und mit uns gemeinsam um den politischen Erfolg kämpfen. Ihnen allen ein recht herzliches Dankeschön! (Beifall) Wir erleben überhaupt, daß nunmehr stärker als in früheren Bundestagswahlen eine politische Bewegung, eine politische Welle, eine politische Aufmerksamkeit durch dieses Land geht, weil sich bei Bürgerinnen und Bürger dieses Landes doch trotz aller regierungsamtlich ver-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

ordneten und finanziellen oder von Jubelpropagandisten betriebenen Propaganda ein Gefühl bemerkbar macht, daß nunmehr der Flügelschlag der Geschichte uns erreicht hat, ein Flügelschlag des Schicksals am 19. November.

Dieses Jahr fällt eine Entscheidung von einer Tragweite, die weiter reicht als alle politischen Entscheidungen, die wir bisher in Bundestagswahlen zu verzeichnen haben. (Beifall) Man könnte vielleicht noch am besten die Wahl des Jahres 1949 die erste Bundestagswahl, damit vergleichen; denn in dieser ersten Bundestagswahl fiel die Entscheidung darüber, ob die Bundesrepublik ihren Nachkriegsaufbau mit dem Schlüssel und auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft vollzieht oder mit der damals von vielen Seiten gepriesenen Methode der sozialistischen Planwirtschaft. Damals hat sich eine knappe Mehrheit des deutschen Volkes mit gesundem Instinkt, in der richtigen Ahnung, mit echtem Fingerspitzengefühl für die Politik der sozialen Marktwirtschaft entschieden und den diese Marktwirtschaft tragenden Parteien - ich muß hier von Mehrheit reden; damals war es auch noch die FDP, die den Namen behalten und den Charakter geändert hat - (Beifall) zu einer knappen Mehrheit verholfen. Wenn ich aber der Bundestagswahl vom Jahr 1972 trotzdem eine größere Tragweite und in der Wirkung tiefergreifende Bedeutung zumesse, dann deshalb, weil dieser Staat heute im Herzen Europas nicht mehr das Trümmerfeld von damals ist, sondern weil seine Politik - ich leide nicht unter deutscher oder nationaler Überheblichkeit - für das Schicksal der Länder Europas einen Signalcharakter haben wird. (Beifall) Geht dieses Land den Weg des sozialistischen Niedergangs, werden auch die anderen Länder des freien Europas es schwer haben, sich dem in Deutschland geschaffenen Trend zu widersetzen. (Beifall) Ich sage nicht, am deutschen Wesen kann die Welt genesen. Aber ich sage, an den Fehlern der Deutschen könnten auch die anderen ihr Verderben nehmen. (Beifall)

Wir treten in die Endphase des Wahlkampfes 1972 ein; in die Endphase, an deren Ende die Wahlentscheidung des 19. November stehen wird. Meine Vorredner haben zum Teil auf demselben

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Gebiet, zum Teil jeweils jeder auf seinem besonderen politischen Arbeitsgebiet, auf die großen Entscheidungen hingewiesen, um die es hier geht. Lassen Sie mich hier mit dem Versuch zusammenzufassen das für uns Wesentliche sagen. Die Bundesrepublik Deutschland, der freie Teil Deutschlands, dem auch heute noch eine besondere Verantwortung für ganz Deutschland zukommt, auch für diejenigen, die nicht über sich in Freiheit entscheiden können - (lebhafter Beifall) daran ändert weder der Vertrag mit Moskau etwas noch der beabsichtigte Generalvertrag etwas, und diese Verantwortung lassen wir uns auch nicht durch falsche Parolen ausreden - (Beifall), die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, der Staat der Bundesrepublik Deutschland stehen an einem Scheideweg. Die Entscheidung, die wir zu treffen haben, liegt zwischen der sozialen Marktwirtschaft auf der einen Seite und der sozialistischen Planwirtschaft auf der anderen Seite! (Beifall)
Die Entscheidung liegt zwischen Erweiterung und Ausbau des demokratischen Rechtsstaates und zunehmender Rätestaatlichkeit mit imperativem Mandat der Abgeordneten, die der Kontrolle der Parteifunktionäre unterstellt werden sollen. (Lebhafter Beifall) Die Entscheidung liegt zwischen parlamentarischer Demokratie und einer kollektiven Form des funktionärsgesteuerten demokratischen Sozialismus. (Beifall)
Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Vergangenheit hat die SPD als Ziel ihres politischen Ringens noch die soziale Demokratie propagiert. Da lag das Schwergewicht auf der Demokratie, wie bei uns, den Christlich-sozialen Demokraten auf Demokratie und "sozial" war das Prädikat. Heute wird der demokratische Sozialismus propagiert. Das Schwergewicht, der Akzent liegt auf "Sozialismus" und das Wort "demokratisch" ist die Verbrämung dazu. (Lebhafter Beifall) Wer immer in diesem Land demokratischen Sozialismus predigt, soll wissen, daß noch nirgendwo in der Welt der Sozialismus, gleichgültig ob er als freier oder demokratischer angepriesen worden ist oder ob er auf der anderen Seite des Trennungsvorgangs, der

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

unser Land und Europa teilt, als zwangsstaatlicher Sozialismus durchgesetzt wird, nirgendwo in der Welt hat der Sozialismus dem Arbeiter, dem Bürger seines Landes auch nur annähernd ein so großes Maß an Wohlstand, Freiheit, Recht und persönlicher Würde verschafft, wie es die freie Leistungsgesellschaft der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nachgewiesen hat. (Beifall) Denn bei uns ging es nicht nur darum, etwas Bestehendes zu erhalten und zu polieren. Bei uns ging es darum, aus dem größten Trümmerhaufen aller Zeiten, in dem Millionen Menschen und die nachwachsende Jugend keine Hoffnung für ihr Leben vor sich hatten, eine neue Ordnung in Freiheit, Recht und menschlicher Würde und materiellem Wohlstand zu schaffen. (Beifall) Diese Aufgabe ist unter Konrad Adenauer und seinen Nachfolgern in einer Zeit von weniger als 20 Jahren so bewältigt worden, daß aus dem größten Trümmerhaufen aller Zeiten die stärkste Wirtschaftsmacht Europas, der bestausgebaute Sozialstaat unter allen Industrieländern und die zweitgrößte Welthandelsmacht dieser Erde entstanden ist, und das mit dem halben Territorium und drei Vierteln der Bevölkerung des Deutschen Reiches von früher. (Beifall)

Die Entscheidung, um die es geht, um die es im Grundsatz geht, ist die Frage, ob wir eine freie Gesellschaft bleiben werden oder ob wir eine gegängelte Gesellschaft werden. Darum geht die Wahlentscheidung des 19. November 1972. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf das Zeitmaß 1969 bis 1972 komme ich noch in meinen letzten Ausführungen mit wenigen Worten zu sprechen.

Erlauben Sie mir ein Wort zum Stil dieses Wahlkampfes zu sagen! Wir haben noch in keinem Wahlkampf ein solches Meer, eine solche Flut von Diffamierungen und Verleumdungen erlebt, wie es gerade in diesem Wahlkampf der Fall ist. Wir gehören nicht zu denen, die im Wahlkampf jedes Wort so auf die Goldwaage legen, daß wir etwa schon bei jeder harten Ausdrucksweise bitterböse wären. Die politische Auseinandersetzung in der

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

parlamentarischen Demokratie erfordert manchmal auch harte Argumente; sie erfordert einen scharfen politischen Kampf, aber im Rahmen einer gemeinsamen Wertordnung. Was wir aber jetzt erleben, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist etwas anderes, und das ist das, was der Bundeskanzler in der Fernsehsendung am letzten Donnerstag vor den Augen der Zuschauer und Zuhörer zu vernebeln, zu verwischen, zu bagatellisieren und kleinzuspielen versucht hat. Wir erleben heute, daß es eine zunehmende Aktionsgemeinschaft der Linksradikalen in diesem Land gibt. War früher zwischen den demokratischen Parteien und den Radikalen noch eine klare Trennlinie gezogen, haben wir früher die in jeder Demokratie unvermeidliche Auseinandersetzung als unsere Pflicht und unser Recht in unserem Lager der Wertordnung durchgeführt, erleben wir heute, daß Aktionsgemeinschaften von Linksradikalen Sozialisten, Juggsozialisten, Jungkommunisten, sog. SDAJ - das ist die kommunistische Arbeiterjugend - als gemeinsame Spreng- und Störkommandos in unseren Versammlungen erscheinen und als Verleumdungsgemeinschaft versuchen, diesen Wahlkampf zu vergiften. (Beifall) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Die anderen leben größtenteils davon, daß sie hoffen, mit Hilfe ihrer überlegenen Propagandaapparatur die Unwahrheit über uns verbreiten zu können, und verlassen sich darauf, daß wir anständig genug sind, über sie nicht einmal die Wahrheit zu sagen. (Beifall) Wir haben allerdings, meine Damen und Herren, ein großes Heer von unterstützenden Kräften, und das sind diejenigen, die von Stil und Inhalt sowie Ergebnis der Regierungspolitik der letzten drei Jahre enttäuscht worden sind. Bei den meisten von denjenigen, die sich damals - wie Hans Katzer mit Recht ausdrückte - von der Parole fesseln, berauschen, faszinieren ließen: 20 Jahre CDU/CSU sind zu viel; schlecht waren sie nicht, aber jetzt müssen andere kommen, jetzt müssen andere eine Chance haben, jetzt versuchen wir es einmal mit den anderen! ist nunmehr die Klarheit gekommen, daß, wenn bei uns 20 Jahre genug waren, bei

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nur gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

denen, die jetzt regiert haben, drei Jahre einwandfrei zu viel gewesen sind. (Beifall) Eines der eindrucksvollsten Zeugnisse aus dieser Zeit ist das Wort eines Mannes, der seinen Irrtum eingesteht, der zu seinem Irrtum steht und der den Mut hat, ihn öffentlich zu bekennen, eines Mannes, der uns im Wahlkampf 1969 schlecht behandelt hat, weil er glaubte, daß mit SPD/FDP der Fortschritt ins Land komme und daß es gut sei, wenn sich CDU und CSU in der Opposition regenerieren könnten, um ebenfalls fortschrittlich zu werden. Ich meine damit Professor Karl Steinbuch, den Mann, der damals das Buch "Falsch programmiert" geschrieben hat, der das Programm für das Jahr 2000 entworfen hat und der damals mit seinem großen wissenschaftlichen Namen, seiner weiten Ausstrahlung gerade in der wissenschaftlichen, in der professoralen Welt eine werbekräftige Persönlichkeit für Willy Brandt gewesen ist. Wenn in diesen Tagen eine Veröffentlichung erscheint, zum Teil heute, zum Teil in den folgenden Tagen, hat diese Veröffentlichung von Professor Steinbuch in ihren Kernsätzen folgenden Inhalt:

"Ich habe mich"

- so sagt er -

"lange Zeit auch öffentlich für die SPD engagiert. Weshalb ich das nicht mehr tun kann, möchte ich begründen. Mein Abschied ist ohne Haß und fern jeder Korruption. (Heiterkeit und Beifall) Mich bewegt ein Gefühl der Trauer und der Enttäuschung, etwa so, wie man einen Kreis von Menschen verläßt, mit dem man sich lange Zeit für eine gute Sache verbunden fühlte. Nun, dieser Abschied ist nicht begründet durch nicht eingehaltene Versprechungen, z. B. aus der Regierungserklärung vom Herbst 1969, auch nicht durch Gegensätze zur Außenpolitik der SPD, der ich überwiegend zustimme,"

- so schreibt er sogar -

"sondern durch folgendes:

1. Einst bestand bei der SPD kein Zweifel an ihrer

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Programmehrlichkeit. Neuerdings zweifle ich aber daran, daß das Godesberger Programm in seinem ursprünglichen Verständnis noch verbindliche Basis der Entscheidungen ist. Zum Programm gehört selbstverständlich nicht nur der Wortlaut, sondern auch die Ausdeutung. Ich fühle mich düpiert, wenn anläßlich der Wahl unüberbrückbare Widersprüche innerhalb der SPD unter den Teppich gekehrt werden. Sie kommen mit Sicherheit wieder hoch, wenn Entscheidungen anstehen und der Wähler nicht mehr eingreifen kann. (Beifall) Deshalb habe ich kein Vertrauen mehr zur SPD.

2. Die SPD wurde durch das Godesberger Programm aus einer Klassenpartei zur Volkspartei. Gegenwärtig macht sie den Rückschritt zur Klassenpartei. Ich bin nicht bereit, mich für eine Partei zu engagieren, die nicht Verantwortung für alle empfindet und diffamierte Negativgruppen in ihre Strategie einplant.

3. Ich schrieb im Frühjahr zwei offene Briefe an Willy Brandt, in denen ich ihm meine Sorge um die ideologische Aushöhlung unseres Staates vortrug. Ich wandte mich deshalb an ihn, weil ich ihn politisch für sensibel hielt. Die Antworten zeigten mir jedoch, daß der Herr Bundeskanzler die ideologischen Veränderungen in unserem Land entweder nicht wahrnimmt oder aber sie in Kauf nimmt." (Beifall)

Mein kurzer Kommentar dazu: Siehe die Fernsehsendung vorgestern abend, wo er den Versuch machte, die linksradikalen Gruppierungen und die mit den Kommunisten kooperationsbereiten Bereiche der Jungsozialisten nur als engagierte junge Leute hinzustellen, die einwandfrei auf dem Boden des Godesberger Programms stehen und die der älteren SPD gewissermaßen als Denkstimulanz gelten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es heißt dann weiter:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

"4. Den gegenwärtigen Wahlkampf der SPD halte ich für widerlich, von dem unbewiesenen Korruptionsvorwurf bis zur Aktivierung primitiver Klassenkampfemotionen - "Das große Geld" - und derAbsicht, die Betriebe zu mobilisieren und zu holzen. Typische Wahlreden von Helmut Schmidt bis Günther Grass sind von unerträglicher demagogischer Leichtfertigkeit. (Beifall) Ich hoffte, die SPD würde Irrationalität und Hemmungslosigkeit verringern. Nun aber entwickelte sie sich zu dem Übel, dessen Beseitigung ich von ihr erhoffte. Schließlich alarmieren mich die mehrfach geäußerten Vermutungen, daß, wenn Willy Brandt nicht wieder gewählt würde, revolutionäre Umtriebe zu erwarten seien. Der entscheidende Vorzug unseres demokratischen Systems besteht aber darin, daß je nach Ausgang freier und geheimer Wahlen bestimmte Parteien die Regierung übernehmen. Wenn dieser Mechanismus aber schon nach drei Jahren Regierung Brandt gefährdet ist, wie soll es dann erst nach einer weiteren Wahlperiode werden? (Beifall) Ich meine, zur Erhaltung der Demokratie in unserem Land muß man eine solche Entwicklung verhindern und rasch für Ablösung sorgen. (Beifall) Ich habe mich einst für die SPD engagiert, kann das aber gegenwärtig nicht tun. Wenn es wieder eine glaubwürdige SPD gibt, die Verantwortung für alle trägt und demokratische Spielregeln auch dann respektiert, wenn sie sich zu ihren Ungunsten auswirken, dannkann sie wieder mit mir rechnen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht erinnern Sie sich, daß ich im Rahmen mehrerer Parteitage, in meiner Rede in Nürnberg damals im Sommer 1970, im Jahr 1971 und in diesem Jahr gesagt habe, was die Christlich-Soziale Union in Bayern ist und was die CDU im Bundesgebiet außerhalb Bayerns ist, daß sie eine große demokratische Sammelbewegung, eine Sammelbewegung, die den Demokraten der Mitte links, der Mitte und rechts der Mitte die einzige politische Heimat

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

geworden ist, die es heute noch für sie geben kann. (Lebhafter Beifall) Und weil man das auf der Gegenseite weiß, meine sehr verehrten Damen und Herren, darum wird alles, was sich nach dem Gewissen orientiert und sich zu uns bekennt, von den anderen Parteien, bei denen der Name erhalten geblieben ist, der Inhalt aber sich geändert hat, wo der Name zu einem Wortmaskenverleih degradiert worden ist, alles mit dem Vorwurf der Korruption und der Unsauberkeit abgeschreckt in der Absicht, die Öffentlichkeit damit irrezuführen und der freien Entscheidung des Gewissens Barrieren zu setzen. (Lebhafter Beifall) Dagegen sprechen wir uns eben aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Barzel hat einige besorgte und berechtigte Worte im Zusammenhang mit Vorgehen und Absichten der Regierung beim Thema Grundvertrag geäußert. Ich brauche nichts von dem zu wiederholen, was eindringlich und gewichtig genug von ihm gesagt worden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden den Grundvertrag nach seinem Inhalt prüfen und nicht nach den Sprüchen derer, die ihn bei gegenteiliger Beteuerung für die letzte Phase des Wahlkampfes zu ihrer Propaganda ausnutzen wollen. (Lebhafter Beifall) Wir werden ihn daran messen, meine Damen und Herren, wie es in diesem Grundvertrag mit der Anerkennung der Einheit der Nation bestellt ist; denn auf der anderen Seite gibt es keine Einheit der Nation, sondern eine Einheit des Klassenkampfes, gleichgültig, welcher Nation man angehört. Wir werden ihn prüfen, meine Damen und Herren, wie es in diesem Grundvertrag mit dem Selbstbestimmungsrecht unseres ganzen Volkes gehalten wird. (Beifall) Wir werden ihn daraufhin prüfen, meine Damen und Herren, daß nicht der Staatsangehörigkeitsbegriff des Grundgesetzes, der für alle Deutschen gilt, durch den faulen Zauber einer irreführenden Interpretation zum Schein beibehalten, in Wirklichkeit aber aufgehoben ist. (Beifall) Wir werden ihn daran prüfen, wie dieser Vertrag sich für einen Zusammenhang zwischen der Bundesrepublik und

Vergestellt im Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Wiedergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Westberlin auswirkt. (Beifall) Und, meine Damen und Herren, die Verhandlungen, die zum Viermächtevertrag über Berlin führten, sind unter der Regierung Kiesinger eingeleitet worden. Dieser Viermächtevertrag ist ein Ausdruck einer gewandelten weltpolitischen Lage und auch ein Ausdruck einer Änderung der sowjetischen Interessenlage wegen Aufkommens neuer und schwieriger Probleme für Moskau und nicht etwa eine Frucht der Ostpolitik Willy Brandt's. (Beifall)
Und mögen sich die Alliierten - und wir haben dem zugestimmt - einigen, mag für uns ein Drittel und mögen für die Sowjets zwei Drittel herausgekommen sein oder im günstigsten Fall für beide halbe-halbe herausgekommen sein, für uns gehört Berlin zu Deutschland und ist Westberlin nach unserem Grundgesetz, das in freier Abstimmung entschieden worden ist, ein Land, das zu unserem Bund gehört, auch wenn die aktive Ausübung dieses Rechts durch Vorbehalte der Alliierten vorläufig außer Kraft gesetzt ist. (Beifall) Wir werden diesen Vertrag darunter prüfen, daß nicht soz. auf dem Schleichwege solcher Verträge Teil- oder Ersatzfriedensverträge mit der juristischen Verbriefung der Spaltung Deutschlands abgeschlossen werden. (Beifall)

Meine Damen und Herren, wir leben in einem akuten Zeitalter der elektronischen Massenkommunikation. Darum muß ich noch einmal auf das verweisen, was der Herr Bundeskanzler - hier muß man wohl sagen, auch Willy Brandt - vorgestern abend gesagt hat, als er auf die Frage eines Journalisten mit Entrüstung antwortete: Nein, wir denken an keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Meine sehr verehrten Damen und Herren, erstens sind solche Bekenntnisse nicht mehr wert als gegenteilige Äußerungen über ostpolitische und deutschlandpolitische Probleme früherer Jahre. (Beifall) Wer vor wenigen Jahren seine Politik von heute als eine Politik des Verzichtes und Verrates proklamiert hat, der kann heute nicht erwarten, daß die Geltungskraft und Geltungsdauer seiner Äußerungen heute von uns mit einer längeren Lebenserwartung

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

ausgezeichnet sein werden, als die Sprüche von damals es gewesen sind. (Beifall) Ich darf in Abwandlung eines Wortes von Konrad Adenauer sagen: "Es ist sehr merkwürdig, welche Veränderungen in einem Menschen vorgehen, wenn er auf einem Kanzlerthron ist." Konrad Adenauer sagte: "wenn er auf einem Ministersessel sitzt".

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ziel dieserBemühungen ist es, einem Staat zur Anerkennung zu verhelfen, dessen Herrschaftsgewalt nicht auf der Zustimmung des Volkes, sondern auf der Gewalt einer immer noch bestehenden militärischen Besetzung und dem interkommunistischen Zusammenhang des Polizeiterrors und der ideologischen Zwangsherrschaft ausgeübt wird. Das ist eine Tatsache, die keine Regierung ändern kann. Hier werfen wir bestimmt auch nicht dem Herrn Brandt und Herrn Scheel vor, daß sie das nicht zu ändern vermochten. Wir wissen, daß historische Prozesse oft eine Generation, ja mehrere Generationen dauernkönnen und daß man historische Prozesse nicht beliebig verkürzen oder zu einem gewünschten Ende in einer vorbestimmten Zeit führen kann. Das billigen wir ihnen jederzeit zu. Aber, meine Damen und Herren, dann muß auch mit offenen Karten gespielt werden. Wenn Herr Brandt sagt, keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, dann sollte er doch wissen und demgemäß auch zugeben, daß eine Politik, von Herrn Bahr in Moskau ausgehandelt, im angeblich nicht offiziellen, später offiziell gewordenen Bahr-Papier dokumentarisch niedergelegt und von Herrn Brandt gegenüber Herrn Breschnew in Oreanda feierlich bekräftigt und besiegelt, eine Politik, die zum Eintritt der DDR in die UNO führt, meine Damen und Herren, eine De-facto-Anerkennung völkerrechtlicher Art automatisch mit sich bringt. Wir konnten immerhin noch, meine Damen und Herren, bis zur letzten Regierung der CDU/CSU unter Kiesinger konstatieren, daß außerhalb der kommunistischen Welt nur ein Staat - und dessen Bezeichnung als Staat konnte man bei den damaligen Umständen nur fragwürdig nennen -, Kambodscha, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR unter

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

der damaligen kambodschanischen Regierung, die danach bald gestürzt worden ist, vollzogen hat. In der Zwischenzeit sind die Dämme gebrochen. Diese Regierung hat alles getan, um die Dämme brechen zu lassen, ob es jetzt Finnland, ob es Indien ist, ob es viele andere sind, die nur noch auf den 19. November warten, um so oder so diesen Schritt, der von der Bundesrepublik mit Augenzwinkern begrüßt wird, auch wenn er offiziell immer bedauert wird, tun zu können.
Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, nur die Sonde Ihres kritischen Verstandes an das anzulegen, was ich Ihnen jetzt über dieses Thema in drei Sätzen sage, und ich bin niemandem böse, wenn er sagt: Was Strauß hier sagt, ist nicht logisch. Wenn er aber das Gegenteil denkt, dann muß er auch die Konsequenzen daraus ziehen. Wenn als Folge des Generalvertrags, wie die Regierung ihn beabsichtigt, als Folge des Einzugs der DDR in die UNO, wie er von der Regierung feierlich versprochen worden ist und wie er in einem Brief, den die Bundesregierung nach dem Generalvertrag an die drei Westmächte schreiben wird, von dieser Bundesregierung beantragt werden wird, wie umgekehrt Ostberlin einen Brief an Moskau schreiben und die Aufnahme Bonns in die UNO beantragen wird, wenn das eingetreten ist, wenn fast alle in der Welt vorhandenen Völkerrechtssubjekte, die souveränen Staaten, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR vollzogen haben werden, wie Finnland oder Indien als zwei bedeutende Beispiele nach vielen anderen, meine Damen und Herren, glaubt dann jemand, daß die sozialistische Regierung in Deutschland, wenn sie am Ruder bleibt, nicht mit dem Argument operieren wird: Jetzt haben alle anerkannt; wir dürfen uns nicht isolieren, wir dürfen nicht abseits stehen, jetzt können wir uns auch der durch die Tatsachen geschaffenen Veränderung der Situation nicht mehr entziehen? Und was Herr Brandt am letzten Donnerstag im Fernsehen sagte, wird dann nicht mehr Bedeutung haben, als leeres Stroh vor dem Winde haben kann. (Beifall)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Nächster Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rainer Barzel hat es angeschnitten, ich darf es mit wenigen Sätzen ergänzen. Bei der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses in Bonn am Montag dieser Woche stand im Mittelpunkt der Diskussion die Frage der Europäischen Union, der Wirtschaftsunion, der Währungsunion und der politischen Union, wie sie nunmehr im Prinzip auch von dem französischen Staatspräsidenten in Abweichung oder in Modifizierung früherer französischer, jedenfalls geäußerter Ansichten vollzogen worden ist. Als der Bundeskanzler dann den Erfolg seiner Politik darlegte, wagte ich zu fragen, ob denn das Wort, die europäische Einheit sei die Aufgabe späterer Generationen, von uns stamme oder von den Sozialisten in England und in der Bundesrepublik stammt, wie der Bundeskanzler es wörtlich zum Ausdruck gebracht hat. Wir haben den Bau der westeuropäischen Union immer als eine Schicksalsaufgabe dieser Generation und nicht späterer Generationen betrachtet. (Beifall) Wir wissen, wie einem in der Geschichte die Zeit zwischen den Fingern zerrinnen kann. Wir wissen, daß geschichtliche Chancen manchmal nur einmal oder wenige Male kommen, daß sie aber auch einmal unwiderruflich verspielt werden können und nicht mehr kommen. Dann ist der letzte Haltepunkt überschritten, und aus dem Grund sind wir der Meinung, angesichts der Konturen der Konfrontation bei einer europäischen Sicherheitskonferenz zwischen der Architektur der Einheit der freien Staaten Europas als eines inneratlantischen Gegengewichts zu den USA, damit die NATO auf zwei großen Pfeilern steht, und dem Rahmen einer Weltgemeinschaft, die auf 5 Zentren beruht, Washington, Moskau, Peking, Tokio und Westeuropa, das zur Zeit noch aus vielen Unterzentren besteht, aber nicht mit einer Sprache spricht, muß diese Entwicklung in dieser Generation vollzogen werden. Und wenn sie in dieser Generation nicht vollzogen wird, dann steht die andere Architektur in immer drohenderer Nähe und dann ist die sowjetische Konzeption einer paneuropäischen Zusammenarbeit in einem amerikafreien Europa, in dem die europäischen Zwerge kleiner und mittlerer Größenordnung das Glück

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nur gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

haben, mit Moskau kooperieren zu dürfen, aber dafür sich nicht zusammenschließen zu dürfen, verwirklicht. (Beifall) Wem dieses Europa gehört, das wissen wir. Hier sagte der Bundeskanzler mit Empörung an die Adresse von Barzel und mir, das sei wiederum ein Fehlzitat, das sei wiederum eine falsche Wiedergabe seiner Äußerungen. Er habe gesagt oder gemeint, daß die Vereinigten Staaten von Europa, also ein europäischer Bundesstaat, die Aufgabe erst späterer Generationen seien. Meine Damen und Herren, hiermit hat sich der Bundeskanzler selbst enthüllt. Ich habe ihn dazu gestellt. Was ist denn dann eine politische Union? Ist eine politische Union nur ein Tribunal zum Austausch europäischer Monologe? Ist eine politische Union Europas nur eine unverbindliche Gesinnungsgemeinschaft oder muß nicht eine politische Union als Fortsetzung einer Wirtschafts- und Währungsunion auch bundesstaatliche ~~mit bundesstaatlichen~~ Vollmachten haben? (Beifall) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir verstehen unter politischer Union den stufenweisen Ausbau der europäischen wirtschaftlichen und währungsmäßigen Union zu einer politischen Union, die über der Stufe der Konföderation auch föderative Elemente aufweist. Wie soll man sonst, wie es der französische Staatspräsident vorschlägt, in Schicksalsfragen Europas mit einer Zunge sprechen können, um sich in dieser Welt der sich bildenden großen Zentren als Europäer gleichberechtigt behaupten zu können? Hier erleben wir ja, meine Damen und Herren, daß Willy Brandt, ein Wanderer zwischen zwei Welten, sich zwischen den beiden Polen bewegt: Einerseits westeuropäische Zusammenarbeit, andererseits aber paneuropäische Kooperation, die er dann mit dem schönen Namen Friedensordnung, Friedenspakt, Friedensbund ausstattet, ohne näher zu sagen, was damit gemeint ist. Der Wähler soll wissen, was der Unterschied ist. Und der Unterschied ist: Wir werden unter politischer Union arbeiten für einen europäischen Bundesstaat und wir lassen uns nicht von den anderen treiben und drängen, sondern wir werden mit gutem Beispiel vorangehen in der Bereitschaft, Hoheitsrechte abzutreten,

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

wenn die anderen desgleichen zu tun bereit sind. (Beifall) Für uns ist Europa nicht die Aufgabe späterer Generationen, für uns ist Europa die Aufgabe dieser Generation. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Tagen hat sich ein merkwürdiges Verschiebespiel, fast ein Schwarzes-Peter-Ringelreihenspiel zugetragen. Denn bei der vorletzten Tagung der Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister wurde ein Appell dieses Kreises an sich selber beschlossen. Das ist immer ein schöner Akt der Selbstermutigung und Selbstaufraffung, an sich selber zu appellieren. Und dann hat man erklärt, man müsse ein Stabilitätsprogramm ausarbeiten. Man hat aber darauf verwiesen, daß die Entscheidungen von den Regierungschefs getroffen werden müssen, weshalb man sie auf die kommende Gipfelkonferenz, die Pariser Gipfelkonferenz, verwiesen hat. Die Pariser Gipfelkonferenz fand statt, und der Selbstappell ging dort weiter; denn auf der Gipfelkonferenz wurden keine konkreten Beschlüsse gefaßt, obwohl der Bundeskanzler Gegenteiliges angedeutet hatte. Der Bundeskanzler hatte gesagt, die Konferenz ist zwischen dem französischen und deutschen Wirtschafts- und Finanzminister so gut vorbereitet, daß mit konkreten Entscheidungen - so sagte er am Vorabend im französischen Fernsehen - morgen zu rechnen sein wird. Das Ergebnis der Gipfelkonferenz war wieder der Auftrag an die Wirtschafts- und Finanzminister, ein Stabilitätsprogramm bei ihrer nächsten Tagung in Luxemburg auszuarbeiten. Diese Tagung in Luxemburg hat nunmehr in der Zwischenzeit stattgefunden. Und was bei dieser Tagung herausgekommen ist, ist mehr als bezeichnend. Ich möchte hier nicht unbedingt dem Stier Helmut Schmidt mit dem roten Tuch Schiller winken, der sagte: "höchst dürftige Ergebnisse" oder verweisen auf Bedauern des Staatssekretärs Mommsen, daß nicht mehr herausgekommen ist, oder auf die Enttäuschung des Herrn Mansholt, der gesagt hat, die Beschlüsse entsprächen nicht den Erwartungen, die nach dem Gipfeltreffen der EWG gehegt worden seien, oder darauf, was der Ratsvorsitzende, der niederländische Wirtschaftsminister

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Landsmann, sagte: Man hätte mehr tun können. Die bekannte französische Zeitung "Combat" schrieb: "Luxemburger Wünsche nur durch ein Wunder zu erfüllen". Der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank Otmar Emminger sagte: "Angepeilte Maßnahmen, schlichtweg papierene Beschlüsse". Der Sparkassenpräsident Geiger sagte: "Luxemburger Beschlüsse unzureichend" und der Vizepräsident der Europäischen Kommission sagte: "Viel Lärm um nichts" und Helmut Schmidt sagte: "Gipfelauftrag im großen und ganzen erfüllt". (Heiterkeit und Beifall) Hier hätte man auch noch ein Urteil von Radio Eriwan einholen können, ob die Konferenz in Luxemburg die Erwartungen erfüllt habe. Die Antwort hätte sicherlich geheißen: Grundsätzlich Ja, aber im einzelnen dafür nicht geeignet. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man soll doch bei dem Thema, das wir schon viel besprochen haben - weshalb ich Sie heute nicht mit Einzelheiten belästigen will, einsehen, daß Stabilitätspolitik zuhause beginnen muß. (Beifall) Es gibt keinen gleichzeitigen kollektiven Verzicht der Trinker auf Alkohol. Es gibt nur das gute Beispiel eines stabilitätsbewußten Landes, das damit auch durch die Größe seines Exports und Imports eine heilsame Wirkung auf Inflationstendenzen in anderen Ländern ausüben kann. (Beifall) Man spielt hier mit gezinkten Karten, meine Damen und Herren, mit gezinkten Karten, weil man zuerst sagt: Was wollen Sie denn? Das bißchen Inflation ist unvermeidlich, wenn man Vollbeschäftigung erhalten will. 5 % Inflation lieber als 5 % Arbeitslosigkeit! Jetzt müssen sie bald sagen: 7 % Inflation lieber als 7 % Arbeitslosigkeit. Hier ist der Zahlenskala natürlich kein Ende gesetzt. Diese Regierung lügt einfach, wenn sie behauptet, sie hätte vom Jahr 1969 bis heute die Vollbeschäftigung gesichert. Seit der Zeit gab es Stabilität der Arbeitsplätze. Im Jahr 1969 hatten wir über 2 Millionen Gastarbeiter, 1 Million offene Stellen und 100 000 Arbeitslose. Der deutsche Arbeitsmarkt hatte weniger Arbeitskräfte anzubieten, als der Bedarf war, und zwar in der Differenz von 3 Millionen. In der Situation es sich als Lorbeer anzurechnen,

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

man habe die Stabilität der Arbeitsplätze gesichert und müsse dafür das bißchen Inflation leider dem Volke zumuten, ist ein schamloser Umgang mit den Sparergebnissen unseres Volkes, der Bausparer, der allgemeinen Sparer. (Beifall) Im übrigen, meine Damen und Herren, wer sagt, Inflation ist der Preis für die Vollbeschäftigung, ist ein volkswirtschaftlicher Ignorant oder er ist ein demagogischer Lügner. Ich muß das einmal in aller Schärfe sagen; (Beifall) denn mit diesem Argument wird dann die diffamierende Behauptung gegen uns erhoben, daß wir mit der Arbeitslosigkeit als Mittel der Konjunkturstæeuerung in unseren Hintergedanken spielten. Ein solcher Ignorant oder Demagoge, der das sagt, soll zur Kenntnis nehmen, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze am meisten gefährdet wird durch eine über mehrere Jahre anhaltende, steigende inflationäre Entwicklung. (Lebhafter Beifall) Beispiel Schweden, Beispiel Großbritannien, Beispiel auch Italien! Und dabei noch ein Randergebnis: Das Hauptproblem der schwedischen und der italienischen Arbeitslosigkeit - wie auch der amerikanischen, die man allerdings mit der deutschen Statistik nicht vergleichen kann - ist, daß es in der Hauptsache darum geht, hunderttausende von diplomierten Akademikern, die unter dem Stichwort "Bildungsoffensive" bis zum Überfluß sinnlos produziert wurden, von der Straße wegzudrängen, weil für sie und ihre Ausbildungsrichtung die Gesellschaft kein entsprechendes Unterkommen jemals bieten kann. Das sei nur am Rande erwähnt. (Beifall)

Länger anhaltende Inflation gefährdet die Stabilität der Arbeitsplätze und Nichtstabilität gefährdet die Vollbeschäftigung. Wer das sagt, meine Damen und Herren, wie Helmut Schmidt es tut, ist ein Quacksalber, ein Kurpfuscher, der an das Bett seines verkorksten Patienten tritt und sagt: Ich habe dir leider ein bißchen Tuberkulose zumuten müssen, dafür bist du vom Keuchhusten verschont geblieben. (Lebhafter Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Inflation gibt es Täter, Opfer und Nutznießer. Die Täter sind in erster Linie die Bundesregierung. Die Inflation ist hausgemacht. So hat Schiller in seinen Glanzzeiten gesagt. So sagte der SPD-Bundesbankpräsident Klasen. Inflation homemade, homespun, made in Germany, haben sie gesagt in dem neuen Wirtschaftsdeutsch, wie es heute üblich ist. (Heiterkeit) Und es waren die beiden, die sagten: Stability begins at home, Stabilitätspolitik beginnt zu Hause. Statt dessen sagen sie jetzt: Die anderen sollen vorangehen, damit wir hinterhergehen können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haupttäter ist die Bundesregierung durch eine falsche Steuerpolitik der Steuersenkung - versprochen und natürlich nicht gehalten; sie konnte nicht gehalten werden - , der überzogenen Haushaltsausgaben, die die doppelte Zuwachsrate gegenüber dem aufweisen, was als Stabilitätskonform bezeichnet werden muß, eines verschwenderischen Anwachsens der Geldfülle in den Kapitalsammelstellen und anderswo - 20 % jährlicher Zuwachs! - , einer nicht ausreichenden außenwirtschaftlichen Absicherung und des Verzichtes auf die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, richtiger gesagt Verweigerung der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, Lohnorientierungsdaten zu setzen und beiden Tarifpartnern zu zeigen, wo die Grenzen inflationsfreier Lohnerhöhungen liegen können. Was haben denn die Arbeiter, meine Damen und Herren, von dem Geschwätz, wenn man sagt, im Lohnzettel kommt zum Schluß unter dem Strich mehr heraus als vorher? Bei einer 7 %igen Teuerung müssen die Löhne schon 8 1/2 bis 9 % steigen, damit nur der Kaufkraftausgleich gewahrt wird. Ich setze mich oft mit dem DGB, wie bekannt, auseinander, aber man kann den Gewerkschaftsfunktionären nicht übel nehmen, wenn sie einen vollen Kaufkraftausgleich verlangen und noch ein geringes Maß an Einkommensverbesserung dazu. Das Teuflische aber - und daran ist diese Regierung schuld - liegt darin, daß selbst der Kaufkraftausgleich im Lohn Lohnerhöhungen und damit Kostenauftriebe bedingt, die ihrerseits schon wiederum Preisauftriebe automatisch in sich bergen und weitere Preisauftriebe auslösen müssen. Das sind die Täter, meine Damen und Herren!

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weiterabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Die Opfer sind die Rentner. Hier sitzt der Mann, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Hans Katzer, der in zähem Ringen gegen die Regierungskonzeption (Beifall) einer Meinung war, die ich einmal ganz komprimiert zusammengefaßt so ausdrücken möchte: Es ist bessere Sozial- und Gesellschaftspolitik, den Rentnern von heute einen Ausgleich für die staatsverschuldete Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu bieten, als den Rentnern von morgen goldene Berge zu versprechen, die dann doch wiederum nicht eingehalten werden können. (Beifall) Ich muß hier auch, meine Damen und Herren, den Namen eines Mannes der Landesgruppe nennen, unseres Freundes Franz Xaver Geisenhofer, (Beifall) der sicherlich mit unser aller Unterstützung, aber federführend, zäh, unermüdlich für die Beseitigung eines sozialen Unrechts gekämpft hat, nämlich die Erhöhung der Mindestrenten derer, die früher, weil in Haus-, Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, nur geringe Beiträge zahlen konnten und nach der versicherungsmathematischen Berechnung als automatisches Ergebnis eine menschenunwürdige Rente bekommen haben. Diese Renten angehoben zu haben, meine Damen und Herren, war die Alternative zu einer anderen Verbesserung, die wir deshalb, ich sage leider, nicht bringen konnten - man kann aber von uns nicht verlangen, daß man alles auf einmal bringt - , nämlich zum Babyjahr. Es war richtiger, denen, die ein ganzes Arbeitsleben treu, brav und fleißig in diesen Bereichen gedient haben, eine ähnliche Rente zukommen zu lassen, wie der sie hat, der im industriellen Bereich oder in anderen Teilen des Dienstleistungsbereiches gearbeitet hat. (Beifall)
Meine sehr verehrten Damen und Herren, Opfer der Inflation sind aber auch vornehmlich die Sparer und die Bausparer. Sie haben eine Substanz von ungefähr 60 Milliarden DM verloren. Wer als Bausparer vor drei Jahren begonnen und als Ziel ein Eigenheim, eine Eigentumswohnung von 100 000 DM angestrebt und drei Jahre gespart hat, fleißig, unter Ausnutzung aller Prämien, aller steuerlichen Möglichkeiten, der hat heu e 15 000 DM auf seinem Konto. Andererseits,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

meine Damen und Herren, ist das Objekt von 100 000 DM in der Zwischenzeit auf 150 000 DM gestiegen und noch teurer geworden. Damals war er 100 000 DM weg, jetzt hat er drei Jahre gespart und er ist 135 000 DM weg, dank einer sozialistischen Mißwirtschaft in unserem Land, die man dann als "modernes Deutschland" ausgibt. (Beifall) Meine Damen und Herren, der Zins auf einem Sparkonto mit gesetzlicher Kündigungsfrist kann nicht einmal mehr die Geldentwertung decken - heute 4 1/2 % Zin, 6 1/2 % Geldentwertung; und wenn man die Gesamtverteuerung des Sozialprodukts von über 8 % nimmt und da der Zins außerdem noch als Einkommen versteuert werden muß, ist die Differenz noch größer, die der Sparer als Wertverlust hinzunehmen hat. Und darum, meine Damen und Herren, sagen wir Schluß mit dieser Inflationswirtschaft und wieder Rückgewinnung, wenn auch unter Schweiß, unter Fleiß, unter Inkaufnahme mancher Verzichte, einer ausreichenden Geldwertstabilität. (Beifall)

Weiterhin, meine Damen und Herren, sind die Geschädigten unsere Bauern, bei denen sich die Disparität, die im Jahr 1969 noch unter 10 % lag, im nächsten Jahr auf eine Größenordnung von 35 bis 40 % erhöhen wird. Die Disparität im landwirtschaftlichen Einkommen! Meine Damen und Herren, wir klagen mit Recht über die Erhöhung der Lebensmittelpreise, aber ich möchte hier ein ganz deutliches Wort sagen: Von der Erhöhung der Lebensmittelpreise haben die Bauern nicht einmal einen Ausgleich ihres Aufwertungsschadens, den sie erlitten haben. (Beifall) Wir treiben keine Politik, meine Damen und Herren, die die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte als potentiales Reservoir zukünftiger Vorstadtarbeiterschaft betrachtet. Wir treiben keine Politik der gewollten Absiedlung so, daß man sie in die Vorstädte der Großstädte treiben kann. Wir wollen die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf dem Land erhalten: Vollerwerbsbetriebe mit hauptberuflichen Landwirten und Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, wo ein zweites

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Einkommen notwendig ist. Darum sind wir gegen die sozialistischen Strukturvorstellungen von Großzentren mit menschlicher Entleerung der Räume außerhalb dieser Großzentren. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu noch am Ende meiner Ausführungen - weil ich nicht in die Einzelheiten gehen kann, die ich sonst in anderen Reden behandle - ein Wort zu Propaganda auf der einen Seite und Wirklichkeit auf der anderen Seite! Diese Regierung wirft uns vor, daß wir vom "großen Geld" finanziert werden. Meine Damen und Herren, Sie haben doch alle den Brief des Bundesschatzmeisters der SPD, Alfred Nau, gelesen, den großen Bettelbrief, in dem sich die SPD als Partei empfiehlt, der man durchaus Spenden von der Wirtschaft, groß, mittel und klein, geben kann. Hier wird eine Art Klassenkampfhetze getrieben. Sie wird bis zur Unerträglichkeit getrieben von einem Biedermann, der es aber nur der Maske nach ist, der in Wirklichkeit ein ganz großer Opportunist ist, Hans Jochen Vogel in München, (lebhafter Beifall) in Bayern, meine Damen und Herren, gewissermaßen als Lebensversicherungsgarantie der Bürger mannhaft gegen die Jusos kämpfend, dann ruhmlos unterliegend, gleichzeitig in Schleswig-Holstein Bruderschaft mit Jochen Steffen exerzierend, weil man glaubt, daß unsere Nachrichtentechnik nicht mehr ausreicht, daß man in Bayern das erfährt, was er oben in Schleswig-Holstein gesagt hat, wo er sich als Duzbruder von Jochen Steffen ausgegeben hat. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Wahlkampf findet nicht mehr unter der Chancengleichheit statt, unter der sonst Wahlkämpfe stattgefunden haben. Das habe ich gesagt und das vertrete ich auch, ~~die werden~~ selbst wenn es manchen im eigenen Lager nicht paßt, daß hier nicht Chancengleichheit und damit volle Freiheit besteht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, als wir in der Regierung waren, sind wir der besonders scharfen Kritik der öffentlichen Meinung, der veröffentlichten Meinung

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

ausgesetzt gewesen. Wenn wir sagten, ihr meßt mit ungleichen Maßstäben, CDU/CSU schärfer als SPD, lautete die Antwort: Ihr seid an der Macht, ihr seid an der Regierung, ihr seid damit im Vorteil, und wir haben den Auftrag, das auszugleichen, indem wir der Opposition ein Plus schenken euch gegenüber. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Machthaber haben gewechselt, aber die Lieblinge sind die gleichen geblieben, auch jetzt, wo sie an der Regierung sitzen und diesen Regierungsapparat ge- und mißbrauchen. (Lebhafter Beifall) Die SPD, meine Damen und Herren, ist eine reiche Partei mit großem Wirtschaftsvermögen, mit einem großen Pressekonzern, der "Konzentration" - von der spricht man nicht, wenn man sonst über Pressekonzentration klagt - , sie ist eine Partei, die viele Millionen aus der Wiedergutmachung bekommen hat. Sie ist eine Partei, die von den großpalästischen Mammutorganisationen unterstützt wird. Wenn der DGB sagt, es sei eine Verleumdung, zu sagen, wir unterstützen die SPD mit Geld, meine Damen und Herren, man kann auch mit Krediten unterstützen, wenn man beispielsweise Bank für Gemeinwirtschaft ist. Mann kann auch unterschwellig eine Partei begünstigen. Man kann, wenn man Herr über Hunderttausende von Wohnungen ist, auch hier Gesinnungen beeinflussen, wie in anderen großen Unternehmen. Und was der DGB in die Wahlpropaganda als Transmissionsriemen der SPD steckt, das ist den Aufwand von vielen Millionen Mark wert, die man sonst aufwenden müßte.

Und schließlich, meine Damen und Herren: Die haben keinen genehmigten Haushalt 1972, sie haben trotzdem in diesem Jahr 12 % mehr ausgegeben als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Für eine parlamentarische Demokratie ein ungeheuerlicher Vorgang! Sie haben die Notstandsartikel der Finanzverfassung nicht nur extensiv ausgelegt, mißbraucht, mißachtet. Beispiel, meine Damen und Herren! In den Einzelplänen der Ministerien und des Bundeskanzleramtes sind im Jahr 1972 vorgesehen, aber nicht genehmigt 250 Millionen DM für die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. Diese 250 Millionen DM

Freigestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

werden mit vollen Händen im Wahlkampf ausgegeben, obwohl keine parlamentarische Genehmigung dafür vorliegt. Das sind regimeartige Züge, die wir hier im Mißbrauch des Staatsapparates erleben. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein letztes Wort zum Thema Propaganda und Wirklichkeit! Zur Propaganda gehörte, als es im Jahr 1969 hieß, jetzt beginnt erst die Demokratie in unserem Land. Gute Nacht, Demokratie, kann man sagen, wenn sie so aussieht, wie sie bis jetzt ausgesehen hat, mit all dem, was hier auf der Oberfläche, aber vor allem hinter den Kulissen geschehen ist. Das Stichwort Ehmke brauche ich hier bloß zu erwähnen. Meine Damen und Herren, man hat im Jahr 1969 gesagt: Schluß mit der Geheimniskrämerei, mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit gegenüber dem Staatsbürger, mehr Durchsichtigkeit der Regierungsvorgänge! Man hat gesagt: Mehr demokratische Mitwirkung! Meine Damen und Herren, in drei Jahren haben wir jetzt den dritten Finanzminister dieser Regierung. Möller ist zurückgetreten und hat einen großen Rücktrittsbrief geschrieben. Der Rücktrittsbrief wurde als Staatsgeheimnis behandelt, die Veröffentlichung vom Bundeskanzler verhindert und verboten. Schiller ist zurückgetreten, hat einen Rücktrittsbrief geschrieben, der Rücktrittsbrief wurde als Staatsgeheimnis behandelt, die Veröffentlichung verhindert und verboten. Ich habe in beiden Fällen im Namen der Fraktion beantragt, die Rücktrittsbriefe der beiden Minister zu veröffentlichen. Das ist vom Kanzler verweigert worden. Meine Damen und Herren, ich sage es ganz klar mit Scheidung zwischen den beiden Bereichen: Eine Regierung kann man nicht verpflichten, alles zu veröffentlichen, was sich in ihren Archiven befindet. Es gibt Dokumente der Staatssicherheit, auch des Staatsinteresses, vor allem auch auf dem militärischen Gebiet, die kann man nicht auf dem offenen Markt austragen. Ja, ist denn der Rücktrittsbrief eines Finanzministers ein Staatsgeheimnis? Meine Damen und Herren, wenn die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Herren aus privaten Gründen zurückgetreten wären, aus Gesundheitsgründen, müßte man sagen: Hände weg davon! Das soll nicht aus der Intimsphäre irgendwie an die Öffentlichkeit getragen werden. Nein, die Rücktrittsbriefe sind geschrieben worden, weil beide der Meinung waren, sie können bei diesem regierungsunfähigen Kanzler und diesen in voller Inflationsverschwendung lebenden Großverbrauchern im Kabinett und den dahinter stehenden Gruppierungen ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nicht mehr genügen. Darum sind beide Finanzminister zurückgetreten. (Beifall) Meine Damen und Herren, ein Finanzminister ist der Sachwalter des Geldes, in der Verfassung dafür besonders herausgestellt. Wenn der zurücktritt, handelt es sich um unser Geld, um unser aller Geld, um der Steuerzahler Geld, und hier ist eine Regierung einfach in einem unerträglichen Widerspruch zwischen Propaganda und Phrase und zwischen Wirklichkeit und Tatsachen, wenn sie den Rücktrittsbrief eines Finanzministers der Öffentlichkeit vorenthält, und das soll der Wähler am 19. November mit der Quittung der Stimme für CDU/CSU honorieren. (Lebhafter Beifall)
Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wenn dann ein Brief per Indiskretion in die Öffentlichkeit kommt, wobei die Indiskretion in der Umgebung des Empfängers lag, nicht in der Umgebung des Schreibers, in der Umgebung Brandt's, nicht Schiller's lag, dann wird der ganze staatliche Apparat in Bewegung gesetzt, Steuerfahnder, Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft, um den Missetäter ausfindig zu machen. Und was finden sie dann im Panzerschrank? Die Kopie einesRücktrittsbriefes eines Finanzministers! (Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir haben das Gemeinschaftsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute mit seiner alarmierenden Prognose vor wenigen Tagen erlebt. Wir erleben jetzt einen Vorgang, der gelinde gesagt hanebüchen und skandalös ist. Der Bundeswirtschafts- und Finanzminister hat angekündigt, daß er nicht bereit sei, das Gutachten der Sachverständigen, das in diesen Tagen vorliegen muß - es ist ausge-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weiterabdruck nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

arbeitet - , noch vor der Wahl der Öffentlichkeit zu übergeben. (Pfui-Rufe) Wir kennen das Gutachten nicht, meine Damen und Herren, aber wir wissen, daß dieses Gutachten nicht anders sein kann als das Gemeinschaftsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute; denn der wirtschaftswissenschaftliche Sachverstand ist in der Diagnose meistens einig, in der Therapie gibt es Unterschiede in der Behandlung. Was das Gemeinschaftsgutachten geschrieben hat, steht nach unserer festen Überzeugung in verschärfter Form in einem Sachverständigengutachten. Und das wird genauso als Geheimsache behandelt wie die Rücktrittsbriefe der Minister. Warum, meine Damen und Herren? Weil man befürchtet, daß in diesem Gutachten für das nächste Jahr eine Preissteigerung von über 7 % angekündigt wird, weil man das befürchtet, weil die Haushaltspolitik dieser Regierung auch unter dem dritten Finanzminister keine Änderung dieses unerträglichen Zustandes und seiner Entwicklung herbeiführen wird. Und, meine Damen und Herren, wie man immer versucht, die Dinge zu beeinflussen, zu manipulieren und zu steuern, würde es mich nicht wundern, wenn man auf die Verfasser dieses Gutachtens einen gelinden Einfluß ausüben würde, die Zahlen etwas nach unten zu berichtigen im Hinblick auf die guten Absichten, die man habe. Das heißt, meine Damen und Herren, die Temperatur im Zimmer wird durch das Thermometer bestimmt und nicht angezeigt mit dem Verfahren, daß man hier anwenden will. (Beifall)

Es ist dasselbe Verfahren, meine Damen und Herren, mit dem diese Regierung im Jahr 1969 Steuersenkungen versprochen, hat in der Woche vor den drei großen Landtagswahlen im Juni 1970 das Versprechen wiederholt und in der Woche danach sie hat fallen lassen. Es ist dasselbe Verfahren, wenn man den Haushalt 1973 nicht aufgliedert. Weil man weiß, daß er dann nicht Bestand haben kann, auf den ersten Blick als ein künstlich zu niedrig angesetzter Haushalt entlarvt wird. Es ist dasselbe Verfahren, wenn man rechtswidrig genau wie beim Haus-

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

halt die mehrjährige Finanzplanung des Herbstes 1972, die heute nur noch als Anhang zu Grimm's Märchenbuch benutzt werden könnte, nicht fortschreibt und die heute bereits wieder fällige Fortschreibung auf das Jahr 1976, die in diesem Herbst hätte vorgelegt werden müssen, dem Bürger verweigert, weil man den Offenbarungseid, den Einblick in die Bücher der Staatsfinanzen dem Bürger mit allen Mitteln vorenthalten will. Es ist die gleiche Methode, mit der man die Behandlung des Haushalts 1972 vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg verweigert hat, um nicht durch eine Diskussion im Bundestag über die Finanzlage die Wahlchancen in Baden-Württemberg zu verschlechtern.

Das, meine Damen und Herren, ist der unerhörte, unerträgliche, nur mehr als skandalös zu bezeichnende Unterschied zwischen der Phrase und der Optik auf der einen Seite und der Wirklichkeit des tatsächlichen Verhaltens auf der anderen Seite. Und dem müssen Sie als Wähler Schluß setzen am 19. November. (Lebhafter Beifall)
Meine sehr verehrten Damen und Herren, so gehen wir heute hier auseinander, und ich darf den Appell, den Kollege Barzel an Sie gerichtet hat, hier zu meinem eigenen machen. Wenn Sie heute hinausgehen, sprechen Sie Sie alle an in Ihrer Familie, in Ihrer Verwandtschaft, in Ihrer menschlichen Umwelt um Sie herum, am Arbeitsplatz, in den Verkehrsmitteln, am Stammtisch, in Vereinen, Verbänden, Organisationen, wo immer Sie tätig sind, vom Sportverein, vom FC Bayern bis zum Kaninchenzüchterverein, wo auch immer. Meine Damen und Herren, sagen Sie den Menschen, daß diesmal um unser Schicksal gewürfelt wird. Sagen Sie Ihnen, daß sich keiner mehr dem Wellenschlag der Politik entziehen kann. Es gibt kein Glück im stillen Winkel mehr. Sagen Sie es den Verschlafenen, Verdrossenen, Saumseligen, Letscherten und Lapperten in diesem Land! (Beifall) Sagen Sie ihnen, meine Damen und Herren, daß sie herauskommen sollen aus ihrer Reserve, aus ihrer Intoleranz, dolenz ihrer Uninteressiertheit. Gejammert wird zu spät, wenn die Würfel

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

eines Tages falsch gefallen sein sollten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen Sie ihnen allen: Jetzt zur Wahl gehen und jetzt verhindern, daß 3 Jahre sozialistische Mißwirtschaft in Zukunft noch mit voller Funktionsfähigkeit einer neuen sozialistischen Regierung fortgesetzt und ausgedehnt werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Brandt hat eine eigenartige Methode entwickelt; er trägt nämlich ein bewegliches Koordinatensystem mit sich. Er trägt die senkrechte Axe mit sich und proklamiert jeweils die neue Mitte, wo er auf seiner Linksbehandlung gerade Rast macht. (Heiterkeit und Beifall)
Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in diesem Land nur noch eine einzige Partei der Mitte, und das ist die Christlich-Demokratische Partei außerhalb Bayerns und die Christlich-Soziale Union innerhalb Bayerns. (Beifall) Was Herr Brandt mit einem romantisch-glänzenden Blick auf ferne Ufer von farbigen Plakaten strahlend als neue Mitte verkündet, ist in Wirklichkeit sozialistische Orientierung geworden. Die neue Mitte, die er in Dortmund verkündet hat, ist nicht mehr die, wie sie nach gesundem Menschenverstand und erfahrungsmäßigen politischen Maßstäben zu gelten hat. Das ist die neue Mitte der Linken, die als vorübergehende Station empfohlen wird, bis der Marsch nach noch weiter links unter neuer Verbrämung und neuer Mittelfeldsetzung fortgesetzt werden kann, wenn nicht Sie als Wähler dem ein Ende bereiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein bedeutender irischer Dichter hat einmal gesagt: "Ich sage dir, das Land gehört dir, damit du es rechtschaffen regierst und Gottes Frieden darin hältst, aber nicht, daß du es versetzest, wie ein trunkenes Frauenzimmer die Kleider seiner Kinder versetzt." (Heiterkeit) Dieses Zitat, meine sehr verehrten Damen und Herren, mag als hartes Zitat gelten, aber ich sage zum Abschluß meiner Ausführungen: Wir stehen an einer gesellschaftspolitischen Wende, die sowohl die zukünftige Orientierung der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Bundesrepublik wie auch einen Markstein für den zukünftigen Weg Europas bedeuten wird. Gerade wir in der Christlich-Sozialen Union in Bayern haben immer einen starken Beitrag zu jedem Wahlsieg der Gesamtunion geleistet. (Beifall) Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben in härtester Arbeit seit 1949 den Begriff "Lebensqualität" nicht mit dem Maul, sondern mit der Wirklichkeit verbessert. (Beifall) Wir haben in diesen Jahren, meine Damen und Herren, ein festes Fundament geschaffen. Wir haben ein großes Haus darauf gebaut. Wir haben dieses Haus zuerst notdürftig, dann wohnlich, dann kulturwürdig eingerichtet. Dieses Haus, meine Damen und Herren, gilt es heute zu verteidigen gegen die zahlreichen roten Läuse, die die Fundamente anzuknabbern begonnen haben. (Beifall) Dieses Haus, meine Damen und Herren, gilt es so auszubauen, daß ein Anbau möglich ist, damit die Menschen im anderen Deutschland nach den gleichen Wertmaßstäben in Freiheit, Recht und Menschenwürde leben können. (Lebhafter Beifall) Dieses Haus, meine Damen und Herren, gilt es heute so zu sichern, daß es gegen Sturm und Brand in den nächsten Jahren gefeit ist. (Lebhafter Beifall) Und darum, meine Damen und Herren, glückauf, Gott mit dir, du Land der Bayern, Einigkeit und Recht und Freiheit für das ganze Deutschland!

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Ministerpräsident Dr. h.c. Alfons Goppel: Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine liebenFreunde, meine Damen und Herren! Was soll der Kleine nach den großen Vier hier noch sagen? (Heiterkeit und Beifall) Ich darf zunächst ein freudiges Ereignis bekanntgeben - und sage es bewußt, weil ich hoffe, daß es auch in der Wahl so ausgeht - : Hamburger Sportverein gegen Bayern-München 0 : 2! (Beifall)

Meine lieben Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir brauchen nach all dem, was wir gehört haben, nicht mehr in die Tiefe zu gehen. Das, worauf es ankommt, ist, daß auch wir wissen, wie wir es bisher seit 1949 gewußt haben,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

daß es, wie unser Vorsitzender Franz Josef Strauß eben sagte, bei dieser Wahl um das Schicksal Deutschlands und Europas geht und damit auch um unser Schicksal, um Bayern. Und deswegen darf ich auch noch kurz zu Ihnen sprechen. Wir haben die längste Grenze zur Unfreiheit. Wir spüren damit am meisten die Veränderungen, die vorgegangen sind. Wir müssen uns immer noch und immer wieder raufen, daß dieses Land in sich so bleibt und weiter gebaut wird, wie es uns gefällt. Darum ist es gut, daß von München aus, von diesem München aus, die Anregung, die Entscheidung und die Entschließung dafür ausgeht, was wir am 19. November zu wählen haben: Für Bayern CSU, für Deutschland CSU, für Europa CSU! Und dann können wir ruhig mit Franz Josef Strauß auch sagen: Gott mit dir, du Land der Bayern. Und dann sind wir erst recht stolz auf unser Vaterland, auf das Vaterland, in dem dann jeder von uns frei, sicher und gerecht behandelt wird, dieses Vaterland, das nur existieren kann unter Einigkeit und Recht und Freiheit. (Lebhafter Beifall)

Generalsekretär Gerold Tandler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir danken Rainer Barzel, Hans Katzer, Gerhard Schröder, Franz Josef Strauß und Alfons Goppel. (Beifall) Wir wünschen Ihnen und allen Freunden der CSU in den nächsten Wochen viel Glück, viel Unterstützung.

Wir freuen uns, heute - ganz kurz nur! - unsere Spitzenkandidaten auf der Landesliste, Richard Stücklen, Werner Dollinger, Ursula Schleicher, Theo Waigel und Franz Xaver Geisenhöfer, vorstellen zu können. (Lebhafter Beifall) Ein Glückauf für unser Münchner Quartett. Sie sehen es ganz links drüben. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dank Ihnen allen, verbunden mit der Bitte an alle Freunde, Mitglieder und Sympathisanten der CSU im Land in den nächsten drei Wochen mitzuhelfen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19721103-3

Wir schließen diese Kundgebung, diesen Parteitag 1972 mit einem Bekenntnis zu Bayern, mit einem Bekenntnis zu Deutschland, mit einem Bekenntnis zu Einigkeit und Recht und Freiheit für das ganze Deutschland. (Beifall)

(Schluß nach dem Singen der Bayernhymne und der 3. Strophe des Deutschlandliedes um 17.20 Uhr)

* * *

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP